

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“

Kurzprotokoll

31. Sitzung

Öffentliche Sitzung

Berlin, 30.01.2013, 17:00 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: Saal 4.700

Vorsitz: Markus Grübel, MdB/Ute Kumpf, MdB

- 1 Präsentation der Ergebnisse der Generali Altersstudie 2013 zum bürgerschaftlichen Engagement durch Loring Sittler (Generali Zukunftsfonds)
- 2 Vorstellung der Arbeit des gemeinnützigen Vereins „AntiRost Braunschweig“ durch den Vorsitzenden Günther Hinterberg
- 3 Aktuelle Gesetzesvorhaben
- 4 Verschiedenes

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Unterausschusses

Ordentliche Mitglieder

CDU/CSU

Norbert Geis
Markus Grübel
Katharina Landgraf
Klaus Riegert
Dr. Peter Tauber

SPD

Ute Kumpf
Gerold Reichenbach
Sönke Rix

FDP

Florian Bernschneider
Heinz Golombeck

DIE LINKE.

Heidrun Dittrich
Harald Koch

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ulrich Schneider

Stellvertretende Mitglieder

CDU/CSU

Christoph Poland
Karl Schiewerling
Johannes Selle
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier

SPD

Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Mechthild Rawert
Stefan Schwartze

FDP

Sibylle Laurischk
Jörg von Polheim

DIE LINKE.

Diana Golze
Jörn Wunderlich

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Britta Habelmann

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigefügt.

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“
31. Sitzung

Anwesenheitsliste*

Fraktionsmitarbeiter

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“
31. Sitzung

Anwesenheitsliste*

Bundesregierung

Bundesrat

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden zur öffentlichen 31. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“. Unter Tagesordnungspunkt 1 werde man sich mit den Ergebnissen der Generali Altersstudie 2013 zum Themenbereich „Bürgerschaftliches Engagement“ befassen. Hierzu heiße er Herrn Loring Sittler vom Generali Zukunftsfonds herzlich willkommen. Ebenso herzlich begrüße er Herrn Günther Hinterberg, der unter Tagesordnungspunkt 2 über die Arbeit des gemeinnützigen Vereins „AntiRost Braunschweig“ berichten werde. Mit den obligatorischen Tagesordnungspunkten „Aktuelle Gesetzesvorhaben“ und „Verschiedenes“ werde man dann die Sitzung beschließen.

Tagesordnungspunkt 1

Präsentation der Ergebnisse der Generali Altersstudie 2013 zum bürgerschaftlichen Engagement durch Loring Sittler (Generali Zukunftsfonds)

Der **Vorsitzende** weist einleitend darauf hin, dass das bürgerschaftliche Engagement von älteren Menschen in den letzten Jahren verstärkte Aufmerksamkeit in der Forschung erfahren habe. Man wisse z. B. aus dem 3. Freiwilligensurvey, dass sich das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland auf einem stabil hohen Niveau bewege, weil die Engagementquote bei älteren Menschen gestiegen sei, wohingegen sie bei jüngeren Menschen – Schülern, Studenten, Auszubildenden – etwas abgenommen habe. Auch hätten der Fünfte Altenbericht zum Thema „Potenziale des Alters“ und der Sechste Altenbericht zum Thema „Altersbilder“ gezeigt, dass es beim bürgerschaftlichen Engagement der älteren Generation große Potenziale gebe und dass neue Altersbilder notwendig seien, die nicht einseitig die negativen Seiten des Alters betonten.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass die Generali Deutschland Holding seit 2008 ihr gesellschaftliches Engagement im Generali Zukunftsfonds bündele. Der Fokus liege dabei auf dem demografischen Wandel sowie besonders auf der „Förderung des Engagements von und für die Generation 55plus“. Im Rahmen dieses Engagements habe der Generali Zukunftsfonds das Institut für Demoskopie Allensbach mit einer repräsentativen Erhebung beauftragt, bei der mehr als 4.000 Personen im Alter von 65 bis 85 Jahren zu ihrer persönlichen Lebenssituation befragt worden seien. Die Ergebnisse werde Herr Sittler im

Folgenden vorstellen. Hierzu liege auch seine Präsentation in schriftlicher Form vor (Anlage).

Loring Sittler (Generali Zukunftsfonds) bedankt sich zunächst für die Einladung und die Gelegenheit, die Generali Altersstudie 2013 im Unterausschuss vorstellen zu können. Er werde sich bei seiner Präsentation auf die für den Unterausschuss besonders interessanten Ergebnisse zum bürgerschaftlichen Engagement konzentrieren, werde aber auch auf einige allgemeine Befunde eingehen. Zunächst wolle er jedoch etwas zum Engagement der Generali Gruppe sagen. Im Engagementbericht der Bundesregierung werde betont, dass unternehmerisches Engagement in erster Linie wichtig sei, um verlorengegangenes Vertrauen wieder herzustellen. Diese Position teile sein Unternehmen nicht. Vielmehr sei man der Ansicht, dass Unternehmen eine originäre gesellschaftliche Verantwortung hätten und der Gesellschaft mehr zurückzugeben hätten als nur Steuern, Dienstleistungen und Arbeitsplätze. Auch bloße Charity-Aktionen und ein Engagement allein aus Marketingmotiven halte man für zu kurz gegriffen. Generali begreife das eigene Engagement als einen aktiven gesellschaftlichen Beitrag, den man in einer langfristigen Strategie systematisch umsetze. Dabei konzentriere man sich auf ein relativ kleines Thema, nämlich auf das bürgerschaftliche Engagement der Älteren.

Im Unternehmen spielten die Themen „Verantwortung“ und „Nachhaltigkeit“ eine große Rolle. Dies zeige sich u. a. daran, dass die Generali Deutschland Gruppe von der Hertie-Stiftung ein Familienfreundlichkeitssiegel erhalten habe. Darüber hinaus habe man eigene Compliance-Regeln und ein eigenes Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement eingeführt. Der Generali Zukunftsfonds, den er heute hier vertrete, sei gewissermaßen das Außenministerium in Sachen Verantwortung und der Kanal, über den Unternehmensaktivitäten in die Gesellschaft zurückflössen. Dies geschehe auf drei unterschiedlichen Ebenen: dem freiwilligen Engagement mehrerer hundert Mitarbeiter für gemeinnützige Projekte (Corporate Volunteering), dem Bereich „Bürgerunternehmen Zukunft“, in dem auch die heute vorgestellte Studie entstanden sei und in dem seit fünf Jahren gemeinnützige Projekte gefördert würden und schließlich dem Bereich „Standortförderung“, in dem man diverse Aktivitäten für den Unternehmensstandort Köln bündele.

Dem eigenen Engagement liege – wie bereits erwähnt – eine systematische Strategie zugrunde, wobei es vier verschiedene Handlungsebenen gebe, mit denen man die Grundwerte „Sicherheit, Freiräume und Lebensqualität“ verwirklichen wolle. Man bewege sich

hier heute auf der Ebene der Wissenschaft, auf der Studien zum bürgerschaftlichen Engagement gefördert würden. Die zweite Ebene umfasse die Förderung von Projekten mit beispielhaftem Charakter, die geeignet seien, als soziale Innovatoren zu fungieren. Drittens diskutiere man mit dem Bundesfamilienministerium, aber auch mit der Bundeskanzlerin im Rahmen des Zukunftsdialogs über die Gestaltung der Rahmenbedingungen, um mehr Innovation und Engagement zu befördern. Die vierte Ebene betreffe den Bereich „Anerkennung und PR“. So fördere man z. B. Preise, um das vorhandene Engagement sichtbarer zu machen, oder habe ein eigenes Buch mit dem Titel „Wir brauchen Euch!“ verfasst, um Älteren Engagementmöglichkeiten und Engagementbedarfe aufzuzeigen. Darüber hinaus habe man neben der Generali Altersstudie auch den „Bericht zur demografischen Lage der Nation“ gefördert, die beide auch in die Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen. Von der Generali Altersstudie seien bisher 4.040 Exemplare verkauft worden, was ein wenig unter den eigenen Erwartungen liege. Es brauche sicherlich noch Zeit, bis die Generali Altersstudie, die künftig alle vier Jahre vorgelegt werden solle, hinsichtlich des Renommées mit der Shell-Jugendstudie konkurrieren könne.

Für die repräsentative Erhebung im Rahmen der Generali Altersstudie seien 4.179 Personen im Alter von 65 bis 85 Jahren befragt worden. Mit dieser bewusst gewählten Altersgrenze unterscheide man sich vom Deutschen Alterssurvey, der in seiner Erhebung bereits bei 45-Jährigen einsetze. Zudem klammere man die Höheraltrigen aus, weil es sich dabei um eine eigene Lebensphase handele. Für Letztere werde Herr Professor Kruse im nächsten Jahr eine Hochaltrigen-Studie vorlegen. Dort würden dann auch best-practice-Beispiele vorgestellt, bei denen Hochaltrige nicht aus einem Patienten- und Objektstatus heraus begriffen, sondern als handelnde Subjekte betrachtet würden.

Die nächste Folie zeige die Einkommensentwicklung der älteren Generation seit 1975. Daran könne man ablesen, dass es den Alten heute generell finanziell besser gehe als jemals zuvor in der Bundesrepublik. Trotzdem gebe es natürlich das in der letzten Zeit häufig diskutierte Phänomen der Altersarmut. Die Studie zeige eine selektive Spreizung der Alterseinkommen und insbesondere die Gefahr wachsender Disparitäten bei den künftigen Alterseinkommen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sowie der sich abzeichnenden Entwicklung in der Renten- und Pflegeversicherung müsse jetzt eigentlich gehandelt werden. Dabei sei zu berücksichtigen, dass es den Alten zwar besser

gehe als anderen Bevölkerungsgruppen, dass diese Entwicklung aber weder homogen noch nachhaltig sei.

Bezüglich des Aufbaus der Studie wolle er darauf hinweisen, dass man den einzelnen inhaltlichen Kapiteln jeweils einen Kommentar von Gerontologen angefügt habe, in dem die Befunde eingeordnet und kritisch hinterfragt würden. Diese Kommentare empfehle er besonders zur Lektüre. In der Studie habe man auch nach der Lebenszufriedenheit gefragt und die gemessenen Werte mit älteren Daten von Allensbach verglichen. Mit Blick auf die festgestellten, sehr hohen Zufriedenheitswerte habe Herr Professor Kruse in seinem Kommentar erklärt, dass diese nicht einfach als Widerspiegelung objektiver Lebensverhältnisse zu interpretieren seien. Vielmehr seien sie das Ergebnis einer „außerordentlichen Anpassungsleistung“. Diese äußere sich darin, dass nicht mehr erreichbare Ziele angepasst oder zugunsten neuer, noch erreichbarer Ziele aufgegeben würden, weshalb die Lebenszufriedenheit nicht automatisch sinke. Das heiße also, nicht allen Älteren gehe es unbedingt materiell gut, aber sie ließen sich pragmatisch auf diese Situation ein und versuchten, mit ihr zurechtzukommen.

Als wichtigsten, ihr Handeln bestimmenden Wert gäben die Befragten an, autonom bleiben und in der eigenen Wohnung leben zu wollen. Hinsichtlich der altersgerechten Wohnsituation gebe es jedoch, wie die nächste Folie zeige, einen überaus großen Handlungsbedarf. 65 Prozent der Befragten bewerteten ihre Wohnsituation als nur „eingeschränkt altersgerecht“ und nur 31 Prozent als „altersgerecht“. Trotzdem sei die Zufriedenheit mit der Wohnsituation relativ hoch, was sich mit der Dauer des Verbleibs am Wohnort und den dort vorhandenen funktionierenden sozialen Netzwerken erklären lasse. Mehr als ein Drittel der Befragten sei bereits am Wohnort geboren und 31 Prozent lebten dort schon länger als 40 Jahre. 63 Prozent wohnten zudem in ihrer eigenen Immobilie und seien dementsprechend zufrieden. Die Zufriedenheit beruhe auch auf dem Wohnumfeld und der dort vorhandenen Infrastruktur. Letztere sei in verdichteten Gemeinden sehr hoch, in ländlichen Gemeinden sehe es diesbezüglich zum Teil anders aus. Wenn es dort künftig keinen öffentlichen Nahverkehr, keine ärztliche Versorgung und keine Stadtverwaltung mehr gebe, werde dies noch zu großen Problemen führen.

Nur etwas mehr als ein Prozent der Wohnungen sei bereits altersgerecht umgebaut. Wenn die Menschen trotzdem mit ihrer Wohnsituation zufrieden seien, sei auch dies Ausdruck einer Anpassungsleistung. Gleichwohl gebe es beim altersgerechten Umbau von Woh-

nungen einen enormen Handlungsbedarf. Über diesen debattierten auch die Experten beim Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin. Einer der Vorschläge laute, die Rückbaupflichtung beim altersgerechten Umbau aus dem BGB zu streichen, da ein altersgerechter Umbau eine Wertsteigerung und keine Wertminderung der Wohnung bedeute. Zudem sei zu überlegen, wie die individuelle Bereitschaft, seine eigene Wohnung umzubauen, gesteigert werden könne, statt die Verantwortung allein der öffentlichen Hand zuzuschieben.

Darüber hinaus sei man davon überzeugt, wie es auch Herr Professor Heinze in seinem Kommentar pointiert formuliert habe, dass es nicht nur um die Schaffung altersgerechter Einzelwohnungen gehen könne. Da die Menschen immer älter würden und öfter auf ergänzende Hilfe angewiesen seien, müssten mehr altersgerechte Wohnsettings geschaffen werden. Wie könne es z. B. gelingen, die örtliche Nahversorgung unter Einschluss von haushaltsnahen Dienstleistungen und bürgerschaftlichen Netzwerken zu gewährleisten? Heute würden Pflegeleistungen noch zu 75 Prozent zu Hause, insbesondere von älteren Frauen, erbracht. Es sei jedoch nicht zu erwarten, dass es künftig bei dieser hohen Quote bleiben werde. Daher gelte es vermehrt, Familienersatz durch Wahlverwandtschaften zu schaffen oder wie es Herr Professor Heinze in seinem Kommentar formuliert habe: „Es gibt keine Alternative dazu, im Wohnquartier komplementär zum erforderlichen altersgerechten Umbau von Hunderttausenden von Wohnungen zusätzlich soziale Unterstützungsnetzwerke aufzubauen und das nahe Wohnumfeld als Pflege- und Kontaktpunkt bei Bedarf zu nutzen.“ Von dieser langfristigen Vision sei man derzeit leider noch meilenweit entfernt.

Herr Professor Heinze betone in seinem Kommentar auch zu Recht, dass generell eine stärkere Förderung sozialraumorientierter Versorgungsansätze notwendig sei, was auch die Beseitigung von Fehlanreizen für die pflegerische und gesundheitliche Versorgung in der eigenen Wohnung beinhalte. Es genüge nicht, den Älteren einfach Geld zu geben, sondern man müsse gesellschaftliche Strukturen schaffen, die den Einzelnen bei Tätigkeiten unterstütze, die er selber nicht mehr allein verrichten könne.

In der Erhebung habe man auch nach den persönlichen Netzwerken der älteren Generation gefragt. Grundsätzlich gebe es eine sehr hohe Zufriedenheit hinsichtlich der eigenen sozialen Kontakte. 67 Prozent lebten mit einem Partner zusammen, 89 Prozent hätten Kinder und 76 Prozent Enkelkinder. 73 Prozent sähen ihre Kinder und 66 Prozent ihre

Enkelkinder mindestens mehrmals im Monat. 79 Prozent hätten seit langem bestehende Freundschaften und nur eine sehr kleine Gruppe von vier Prozent, die derzeit die Diskussion in Öffentlichkeit und Medien beherrsche, fühle sich häufig einsam. Die „vereinsamten Alten“ seien also die Ausnahme und viele Ältere könnten sich derzeit auch jenseits der Familie auf ihre sozialen Netzwerke verlassen. Ob dies künftig so bleibe, werde die erneute Befragung in vier Jahren zeigen. Die Annahme sei, dass die sozialen Netze insgesamt eher zurückgingen.

Damit komme er zur Rolle des bürgerschaftlichen Engagements für den Einzelnen und zur Verantwortungsbereitschaft der Älteren. Herr Professor Kruse habe dies aus seiner Sicht zu Recht so kommentiert: „Das Engagement im öffentlichen Raum wird von den meisten älteren Menschen als Quelle subjektiv erlebter Zugehörigkeit wie auch von Sinnerleben, positiven Gefühlen und Lebensqualität verstanden.“ Eckart von Hirschhausen habe diesen Umstand noch ein wenig witziger auf den Punkt gebracht und erklärt, dass jeder Arzt seinen Patienten eigentlich Engagement verordnen müsse, da diese dadurch gesünder würden. Diese Aussage enthalte einen wahren Kern, denn bei vielen Älteren, die vorzeitig in den Ruhestand gingen, sei zu beobachten, dass sie oft gar nicht wüssten, was sie mit ihrer ganzen Zeit anfangen sollten. Es fehle bisher leider oft an einer angemessenen Ansprache, wie sie sich durch ein bürgerschaftliches Engagement weiter gesellschaftlich einbringen könnten.

Ein weiteres Hindernis stellten auch übertriebene Erwartungen dar. Ein Leiter eines Altersheims habe kürzlich geklagt, dass er keine ehrenamtliche Kräfte mehr bekomme. Auf seine Nachfrage habe dieser geantwortet, dass er nur Freiwillige nehme, die sich mindestens 20 Stunden engagierten. Da sei es kein Wunder, dass niemand mitmachen wolle. Es zeige auch, dass manche Wohlfahrtsverbände noch von unrealistischen Vorstellungen ausgingen.

Die Befragung habe auch gezeigt, dass sich die Älteren als Teil der Gesellschaft und nicht als Gruppe mit Sonderinteressen begriffen. 57 Prozent der 65- bis 85-Jährigen empfänden auch im Alter eine Verantwortung für die Entwicklung der Gesellschaft. Als wichtigste Herausforderungen nähmen bei ihnen die Verringerung sozialer Unterschiede, die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und die Verringerung der Staatsverschuldung vordere Plätze ein. Die existierenden Bilder von den „egoistischen Alten“ seien also nachweislich falsch. Bemerkenswert sei auch, dass es bei den Älteren ein signifikant höheres Interesse

am Zeitgeschehen gebe. Ältere seien in der Regel gut informiert und daher auch relativ leicht für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen.

Die nächste Folie zeige die Breite des Engagements der älteren Generation, wobei die Aufteilung der Bereiche an den Freiwilligensurvey angelehnt sei. Man habe die Teilnehmer an der Generali Altersstudie – im Gegensatz zum Freiwilligensurvey – nicht nur nach der Ausübung eines Ehrenamtes gefragt, sondern allgemeiner, ob sie außerhalb der Familie bürgerschaftlich engagiert seien. Aufgrund dieser offeneren Fragestellung habe die Generali Altersstudie auch eine wesentlich höhere Engagementquote bei der älteren Generation gemessen, die bei 45 Prozent liege.

Der **Vorsitzende** fragt nach, wie in der Befragung „Bürgerschaftliches Engagement“ und „Ehrenamt“ voneinander abgegrenzt worden seien.

Loring Sittler (Generali Zukunftsfonds) antwortet, dass man beim Ehrenamt bestimmte Funktionen wie Kassenwart, Schriftführer etc. als Beispiele genannt habe. 24 Prozent der Befragten hätten angegeben, eine solche Funktion auszuüben, was der im Freiwilligensurvey gemessenen Engagementquote der Älteren entspreche. Darüber hinaus gebe es jedoch vielfältiges bürgerschaftliches Engagement jenseits solcher formalen Funktionen. Dieses sichtbar zu machen, sei ein Ziel der Erhebung gewesen.

Man habe in der Studie auch das durchschnittliche Engagement der Älteren, das bei rund vier Stunden pro Woche liege, hochgerechnet. Dabei sei man auf einen Umfang von mehr als 1,4 Milliarden Stunden gekommen, was etwa 870.000 Vollzeitstellen entspreche. Wie man aus dem Freiwilligensurvey wisse, wären viele Engagierte grundsätzlich bereit, sich noch stärker zu engagieren. Das treffe – wenngleich mit abnehmender Tendenz – auch auf die Älteren zu. Das Engagementpotenzial der Gruppe der 65- bis 85-Jährigen liege hochgerechnet bei 873 Millionen Stunden und entspreche ca. 510.000 Vollzeitstellen. Wolle man dieses Potenzial heben, müsse man ein vernünftiges Angebot mit einer relativ kleinen Stundenzahl unterbreiten. Höhere Anforderungen führten leicht zur Überforderung mit dem Ergebnis, dass viele gleich ganz auf ein Engagement verzichteten. Die Zeitanforderungen müssten daher deutlich niedriger sein als z. B. beim Bundesfreiwilligendienst, weil diese für die meisten Älteren unrealistisch seien. Bürgerschaftliches Engagement müsse sich für die Engagierten auch lohnen, wobei es oft weniger um eine finanzielle Aufwandsentschädigung als vielmehr um Selbstbestimmung und Mitwirkung gehe.

Besonders wichtig erscheine die Schaffung von Ermöglichungsstrukturen, um dem demografischen Wandel in den Nachbarschaften und Wohnbezirken gestalten zu können. Dazu brauche man eine bessere betriebliche Beschäftigungspolitik unter Berücksichtigung der Lebensphasen. Denkbar seien z. B. flexiblere Arbeitszeitmodelle und Arbeitszeitkonten, um Beschäftigten Freiraum für Pflegezeiten zu geben. Hier müsse noch viel mehr Fantasie entwickelt werden, um die sich abzeichnende demografische Lücke von 6,3 Millionen erwerbsfähigen Personen bis 2030 zu schließen. Diese werde man nicht allein durch Zuwanderung erreichen können. Auch die Ermöglichung von freiwilligem längeren Arbeiten sei in Betracht zu ziehen.

In der Gesundheits- und Präventionspolitik sei – auch seitens der Unternehmen – noch jede Menge zu tun. Dafür bedürfe es einer nachhaltigen Überzeugungspolitik. Man wisse, dass jeder in die betriebliche Gesundheitspolitik investierte Euro drei Euro Gewinn bringe. Diese Erkenntnis sei offenbar noch nicht bis zu den Entscheidungsträgern durchgedrungen. Darüber hinaus brauche man eine zivilgesellschaftliche Förderpolitik zur Ermöglichung von bürgerschaftlichem Engagement. Auch in diesem Bereich gebe es noch einen großen Handlungsbedarf. Nach seinem Eindruck lege die Bundesregierung ihren Schwerpunkt nach wie vor auf Bundesmodellprogramme und werde immer zurückhaltender mit der Förderung von Personalstellen. Man brauche aber eine hauptamtliche Struktur, um vernünftige Rahmenbedingungen für Ehrenamtliche sicherstellen zu können. Daher müsse man über Wege für eine nachhaltigere Förderung nachdenken.

Notwendig sei zudem eine bessere Bildungspolitik. Es könne nicht angehen, dass ca. 10 bis 15 Prozent einer Generation keinen Schulabschluss habe und daher ein Leben lang auf Hartz IV angewiesen sei. In diesem Bereich seien neben der Generali Deutschland Gruppe schon viele zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv, um die Mängel der staatlichen Bildungspolitik auszugleichen.

In der Studie habe man auch nach dem informellen Engagement gefragt. Denn es sei erklärungsbedürftig, warum sich „nur“ 45 Prozent der Befragten engagierten. Viele Eltern investierten – wie die Studie zeige – sehr viel Zeit in die Unterstützung und Entlastung ihrer Kinder. Im Durchschnitt seien es 15 Stunden pro Monat, was 2,4 Milliarden Stunden oder 1,4 Millionen Vollzeitstellen entspreche. Auch die regelmäßige finanzielle Unterstützung für die Kinder sei enorm und ergebe hochgerechnet einen jährlichen

Transfer von fast 10 Milliarden Euro. Das sei übrigens fast genauso viel, wie alle Unternehmen zusammen im Bereich CSR ausgaben.

Zum Abschluss wolle er noch auf eine neue Erkenntnis hinweisen. In der Engagement-szene heiße es üblicherweise, der Königsweg sei, mit der Engagementförderung möglichst früh zu beginnen. Dies müsse nach den Zahlen der Erhebung zumindest relativiert werden. Von denjenigen, die sich heute bürgerschaftlich engagierten, hätten sich bereits vor dem Rentenalter 13 Prozent „sehr stark“ und 30 Prozent „stark“ engagiert, aber 32 Prozent seien zuvor „nicht so stark“ und 23 Prozent „gar nicht“ engagiert gewesen. Die Daten belegten also, dass ein Engagement oft erst im Alter begonnen werde. Auch wenn es richtig und wichtig bleibe, das bürgerschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen schon früh zu fördern, so dürfe man in der Anstrengung nicht nachlassen, auch Ältere erstmals für ein Engagement zu gewinnen.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Sittler herzlich für seine Präsentation. Die Ergebnisse dieser wie auch anderer Studien zeigten, dass die älter werdende Gesellschaft zwar eine Herausforderung darstelle, dass sie aber auch sehr viele Chancen in sich berge, die es zu nutzen gelte. Deshalb sei für den Siebten Altenbericht das Thema „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ gewählt worden. Die Fragerunde eröffne der Abg. Ulrich Schneider für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Ulrich Schneider** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedankt sich bei Herrn Sittler für seinen inhaltsreichen Vortrag, zu dem er einige Nachfragen habe. Eine gewisse Diskrepanz sehe er darin, dass die Älteren einerseits angäben, es ginge ihnen so gut wie nie, andererseits aber sagten, sie seien mit ihrer finanziellen Situation unterdurchschnittlich zufrieden. Eine ähnliche Diskrepanz sehe er auch bei einigen anderen Aussagen. So sagten die Älteren auf der einen Seite, dass ihnen Familie und Kinder wichtig seien, auf der anderen Seite sei das tatsächlich gemessene Interesse an der jüngeren Generation geringer. Hierzu bitte er um einige ergänzende Ausführungen. Zudem interessiere ihn, ob man eine ähnliche Diskrepanz auch bei Jugendlichen oder Menschen in mittleren Jahrgängen messen könne.

Herr Sittler habe zudem auf die Breite des Engagements der älteren Generation hingewiesen, die sich besonders in den Bereichen Kirche, Freizeit und Sport engagiere. Überrascht

habe ihn das relativ große Engagement im Sportbereich. Hierzu bitte er um einige erläuternde Ausführungen. Herr Sittler habe auch hervorgehoben, dass es eine Reihe von Älteren gebe, die erst im Alter ein Engagement aufnähmen. Ihn interessiere, ob auch untersucht worden sei, welche Voraussetzungen für ein Engagement im Alter notwendig seien.

Abg. **Ute Kumpf** (SPD) dankt ebenfalls zunächst für die sehr kompakte Präsentation der Ergebnisse. Was ihr dabei gefehlt habe, seien Aussagen zum Genderaspekt gewesen. Sie bitte hierzu um einige erläuternde Bemerkungen. Aufgefallen sei ihr die sehr positive Darstellung der materiellen Versorgung der Älteren, die sie grundsätzlich teile. Gleichwohl dränge sich angesichts der auch geschilderten häufigen Möglichkeit, die eigenen Kinder regelmäßig zu sehen, bei ihr der Verdacht auf, dass vor allem Ältere in außerstädtischen Räumen befragt worden seien. Denn sie erlebe im städtischen Raum eine zunehmende Tendenz zur multilokal verorteten Familie, was die Unterstützungsmöglichkeiten innerhalb der Familie häufig erschwere. Des Weiteren interessiere sie, ob Ältere mit Migrationshintergrund in der Studie berücksichtigt seien, denn gerade innerhalb der migrantischen Communities gebe es im großstädtischen Milieu einen sehr engen Familienbezug in größeren Verbänden.

Der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter habe in einer aktuellen Studie herausgearbeitet, dass sich gerade die Älteren am Protest gegen Großprojekte beteiligten, nicht zuletzt weil sie über mehr freie Zeit verfügten. Die Generali Altersstudie deute in eine ähnliche Richtung, da sie ein sehr großes Interesse der Älteren am Zeitgeschehen konstatiere, was wiederum eine gute Voraussetzung für die Bereitschaft zu gesellschaftlicher Beteiligung und bürgerschaftlichem Engagement sei. Zudem frage die Abgeordnete, ob die ihr persönlich sehr hoch erscheinenden Angaben zum Engagement der Älteren durch Kontrollfragen überprüft worden seien.

Abg. **Florian Bernschneider** (FDP) bedankt sich auch zunächst bei Herrn Sittler für seinen informativen Beitrag. Mit Blick auf den Unterschied Stadt/Land könne er sich der Frage der Kollegin Kumpf anschließen. Er erlebe in der Region um Braunschweig, dass die Auswirkungen des demographischen Wandels sehr unterschiedlich wahrgenommen würden.

Aus seiner Sicht könnte das Internet gerade für Ältere eine Chance sein, um zunehmende regionale Distanzen innerhalb der Familien, so wie sie Kollegin Kumpf geschildert habe,

zu überbrücken. Spiele das schon jetzt eine Rolle oder sei dies vielleicht erst ein Zukunftstrend? Er habe sich auch sehr gefreut, dass die Studie das Bild der „egoistischen Alten“ ein Stück weit widerlegt habe. Trotzdem interessiere ihn, ob Herr Sittler davon ausgehe, dass dies in einer Gesellschaft mit immer weniger Kindern auch in Zukunft so bleiben werde.

Der Vorsitzende habe bereits nach der Definition gefragt, die der Studie zugrunde liege. Es gebe, wenn man den Engagementbericht und die Enquete-Kommission mit einbeziehe, eine Reihe von Definitionen des bürgerschaftlichen Engagements. Dies mache es nicht unbedingt leichter, solche Daten zu vergleichen und zu interpretieren. Er frage sich, ob die eher an Ämtern festgemachte, formale Definition der richtige Weg sei, wenn die Älteren auch in der Generali Altersstudie angäben, dass es ihnen wichtig sei, sich nicht langfristig zu binden. Gebe es – ähnlich wie bei der jüngeren Generation – bei den Älteren einen Trend zu einem eher projektorientierten Engagement ohne langfristige Bindung an einen Verein? Schließlich interessiere ihn auch, ob das Engagement Älterer nach ihrem Ruhestand durch ihre berufliche Karriere geprägt sei.

Loring Sittler (Generali Zukunftsfonds) erklärt mit Blick auf die Frage des Abg. Schneider, die Angaben zur finanziellen Lage der Älteren beruhten auf deren eigenen Angaben. Dass die Menschen mit dem, was sie insbesondere in finanzieller Hinsicht zur Verfügung hätten, nie zufrieden seien, sei leicht nachvollziehbar. Ob es eine solche Diskrepanz auch bei anderen Altersgruppen gebe, könne er nicht sagen, da nur die Älteren Gegenstand der Untersuchung gewesen seien. Dies wäre eine interessante Frage für ein eigenes Forschungsprojekt.

Der Abg. Schneider habe sich außerdem über das hohe Engagement der Älteren im Sportbereich überrascht gezeigt. Die Generali Gruppe habe im letzten Jahr gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund den Wettbewerb „Bewegung 50plus“ ausgeschrieben, der auf eine enorme Resonanz gestoßen sei. Dies unterstreiche, dass sich die Sportvereine stärker um die Alten bemühen sollten, um die Zahl ihrer Mitglieder stabil zu halten. Eine Sonderauswertung des Freiwilligensurveys habe zudem gezeigt, dass in den Sportvereinen viele Tausend Ämter und Funktionen aufgrund fehlender Interessenten nicht besetzt werden könnten. Deshalb lege man - gemeinsam mit dem Bundesfamilienministerium und mit der Robert Bosch Stiftung - hierzu ein Programm auf, das voraussichtlich noch in diesem Jahr starten werde. Die Robert Bosch Stiftung fördere bereits das

Programm „Engagement braucht Leadership“, an das man nun mit konkreten Projekten im Bereich des Sportes anknüpfe. Dabei gehe der Sportbereich zum ersten Mal eine Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen und den Seniorenbüros ein, um Ältere für Funktionen in den Sportvereinen zu gewinnen und die angesprochene Lücke zu füllen. Zudem solle ein Handbuch mit praktischen Anregungen für die Vereine entwickelt werden.

Hinsichtlich der Engagementbiografien habe man keine gänzlich neuen Erkenntnisse gewonnen. Das Phänomen des „Mittelstandsbauchs“ im Engagement sei bekannt. Je besser die Leute gebildet seien und je mehr Geld sie verdienten, desto engagementbereiter seien sie. Dies sollte Engagementförderer eigentlich zu Überlegungen veranlassen, wie man engagementfernere Gruppen, die nicht so gut gebildet und einkommensmäßig nicht so gut gestellt seien, zum Engagement motivieren könne. Ein Ansatzpunkt könnten Aufwandsentschädigungen sein, da diese z. B. für Menschen mit kleinen Renten durchaus ein Anreiz für die Aufnahme eines Engagements sein könnten. Die Diskussion hierzu sei jedoch noch nicht abgeschlossen.

Zu den geschlechtsspezifischen Unterschieden im Engagement, nach denen die Abg. Kumpf gefragt habe, fänden sich eine Vielzahl von Aussagen und Tabellen in der Studie. Nach seiner Erinnerung gebe es bei der älteren Generation hier keine gravierenden Abweichungen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. So dominierten auch bei der älteren Generation die Männer z. B. im Sportbereich und in Führungspositionen, während Frauen wesentlich häufiger im sozialen Bereich engagiert seien.

Die Frage nach der Beteiligung der großstädtischen und ländlichen Bevölkerung könne er nicht beantworten. Die Studie von Allensbach sei zwar repräsentativ, die Fallzahl von 4.197 sei jedoch nicht groß genug, um Aussagen für einzelne Regionen treffen zu können. Dafür hätte man deutlich mehr als 40.000 Personen befragen müssen. Ältere mit Migrationshintergrund seien in der Studie berücksichtigt, sofern sie deutsch sprächen. Insofern bilde die Studie laut Allensbach einen repräsentativen Querschnitt der deutschsprachigen Ausländer mit ab.

Nach dem Protestverhalten der Älteren habe man aufgrund der für die Interviews zur Verfügung stehenden begrenzten Zeit in der Erhebung nicht gefragt. Man werde dies aber beim nächsten Mal auf jeden Fall tun und dafür lieber auf andere Fragen verzichten. Ob

bei den Angaben der Älteren zum Engagement und zur Zeit, die diese für Kinder und Enkelkinder aufwendeten, „geschummelt“ worden sei, habe man nicht durch Kontrollfragen überprüft. Hierfür wäre eine eigene Untersuchung notwendig. Eine gesonderte Befragung nur von Engagierten aus ländlichen Regionen hielte er für sinnvoll, da die Probleme des demografischen Wandels dort, wie vom Abg. Bernschneider zu Recht angesprochen, strukturell andere seien. Darüber könne man im Rahmen der Generali Altersstudie jedoch keine Aussagen treffen.

Die Internetnutzung der Älteren sei in der Studie abgefragt worden. Sie liege mit 24 Prozent nach wie vor deutlich unter der der jüngeren Generation. Gleichwohl sei die Zuwachsrate der Älteren bei der Internetnutzung höher als bei jeder anderen Generation. Dadurch entstünden neue Chancen, die bisher kaum genutzt würden. Bezüglich der Frage, ob die verantwortliche Einstellung der Alten gegenüber der Gesellschaft so bleibe, würde er sagen, mittelfristig ja, da die Alt-68er jetzt in diese Alterskohorte hineinwachsen und per se eher auf gesellschaftliche Beteiligung und Verantwortungsübernahme geeicht seien. Ob dies langfristig so bleiben werde, sei schwer zu prognostizieren.

Eine eigene Definition des bürgerschaftlichen Engagements habe man in der Generali Altersstudie nicht vorgenommen. Man habe nur nach dem Engagement außerhalb der Familie gefragt und hierfür lediglich Beispiele angegeben. Er halte im Übrigen die Definition im Engagementbericht für überflüssig und schädlich, da sie in missverständlicher Weise einen Zusammenhang zwischen Engagement und Bürgerpflicht herstelle. Auch wenn Letztere lediglich als moralische Pflicht, einen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten, gemeint gewesen sei, handele es sich aus seiner Sicht um eine pure Selbstverständlichkeit, die nicht in eine Definition hineingehöre. Darüber hinaus gebe es die überaus treffende Definition der Enquete-Kommission, die keiner Änderung bedürfe.

Zum Zusammenhang von Beruf und Engagement könne man aufgrund der sehr heterogenen ehrenamtlichen Tätigkeiten nach Renteneintritt leider nichts sagen. Dies zeigten auch die Tiefeninterviews in der Studie. Das Alter sei so vielfältig wie das ganze Leben, sodass Verallgemeinerungen hier schwierig seien. Berechtigt sei die Frage, ob man die Engagementquote steigern könnte, wenn den Menschen mehr Angebote unterbreitet würden, bei denen sie auf berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten zurückgreifen könnten. Vielleicht werde man diese Lücke in der nächsten Studie füllen.

Abg. **Ute Kumpf** (SPD) weist darauf hin, dass Männer nach dem Eintritt ins Rentenalter oft große Schwierigkeiten hätten, einen Platz im Engagement zu finden, wenn sie nicht zuvor schon einmal in einem Verein tätig gewesen seien. Es gebe von Seiten einiger Unternehmen Initiativen, den Übergang in die Rente bereits während der Berufstätigkeit vorzubereiten. Sie interessiere, ob in der Studie auch danach gefragt worden sei.

Loring Sittler (Generali Zukunftsfonds) antwortet, dass es zu diesem Thema bereits einschlägige Literatur gebe. Die Generali Gruppe habe hierzu in der Anschubphase ein Projekt der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros gefördert, in dem Unternehmen Know-how und Beratung angeboten werde, um Ältere besser auf den Übergang in die Rente vorzubereiten. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros führe dieses Modell auch nach der Anschubphase weiter und wolle es flächendeckend ausdehnen.

Generali habe zudem einen Preis auf europäischer Ebene gesponsert, bei dem das dänische Modell eines social entrepreneurs, das Unternehmen konkrete Module für einen gleitenden Übergang der Mitarbeiter in den Ruhestand anbiete, ausgezeichnet worden sei. Das sei wichtig, da nicht wenige Männer in dieser Phase depressiv würden. Zugleich handele es sich bislang noch weitgehend um ein Tabuthema, obwohl hier ein großes Präventionspotenzial liege und Krankheitskosten vermieden werden könnten. Generali versuche, das erwähnten Modell des dänischen Preisträgers nach Deutschland zu importieren. Dafür werde man zunächst einen Runden Tisch veranstalten und mehrere, voneinander unabhängige Projekte auf den Weg bringen.

Franz Müntefering habe kürzlich auf die Schwierigkeiten von Menschen in Leitungspositionen hingewiesen, sich neben einem zeitraubenden Job bereits mental auf die Zeit nach dem Berufsleben vorzubereiten. Auch die Studie von Henning von Vieregge „Der Ruhestand kommt später“, in der 15 bis 20 Personen in früheren Leitungsfunktionen befragt worden seien, zeige, dass diese den Übergang in den Ruhestand häufig nicht gut verkrafteten. Nicht wenige bekämen eine Selbstwertkrise, weil ihnen keine Sekretärin morgens mehr den Kaffee bringe. Es gebe hier also ein großes Themenfeld, wo vielleicht auch das Bundesfamilienministerium Modelle fördern könne.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Sittler für die Vorstellung der Studie. Er sei schon jetzt auf die nächste Erhebung in vier Jahren und die weitere Entwicklung beim bürgerschaftlichen Engagement Älterer gespannt.

Tagesordnungspunkt 2

Vorstellung der Arbeit des gemeinnützigen Vereins „AntiRost Braunschweig“ durch den Vorsitzenden Günther Hinterberg

Der **Vorsitzende** erklärt, nach der Vorstellung der wissenschaftlichen Studie komme man nun zum praktischen Engagement vor Ort. Dazu habe man Herrn Günter Hinterberg vom 2004 gegründeten gemeinnützigen Verein „AntiRost“ in Braunschweig eingeladen, was nicht zuletzt auf die Hartnäckigkeit des Kollegen Florian Bernschneider zurückzuführen sei. „AntiRost“ wende sich besonders an Menschen, die aus dem Berufsleben ausgeschieden seien und die ihre in Handwerk und Industrie erworbenen beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten ehrenamtlich für gemeinnützige Projekte einsetzen wollten. Bevor er Herrn Hinterberg das Wort erteile, wolle er noch darauf hinweisen, dass die Kollegin Kumpf die weitere Sitzungsleitung übernehmen werde, da er die heutige Sitzung aus terminlichen Gründen früher verlassen müsse.

Günther Hinterberg (AntiRost Braunschweig e. V.) bedankt sich zunächst für die Einladung und die Gelegenheit, über die Arbeit von „AntiRost“ im Unterausschuss berichten zu können. „AntiRost“ sei aus dem Motto heraus „es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ entstanden, wie es Erich Kästner einmal formuliert habe. Er selbst sei eigentlich Naturwissenschaftler, sei dann aber 35 Jahre lang in der Sozialarbeit tätig gewesen, wo er Altenpflegerinnen und Sozialpädagogen ausgebildet habe. Er habe auch an der Hochschule gelehrt und sich dort sehr viel mit Theorien und Zahlen beschäftigt. Für seine nachberufliche Phase habe er sich bereits vor rund 15 Jahren entschieden, etwas *mit* alten Menschen und nicht nur für alte Menschen zu tun. Diesbezüglich sei seine Fantasie durch Modelle in Skandinavien und Kontakte zum dänischen Sozialministerium angeregt worden. In Dänemark würden seit 30 Jahren keine Pflegeeinrichtungen mehr gebaut. Stattdessen setze man auf viele kleine Modelle und nicht auf große kommunale Strukturen wie in Deutschland. Durch seine eigene Arbeit mit dementiell erkrankten Menschen im Bereich der Altenpflege kenne er sich mit der Organisation von Pflegeeinrichtungen aus und wisse genau, was auf hochaltrige Menschen zukomme. Er habe sich daher vorgenommen, etwas zu verändern, solange er noch jünger sei. Aus seiner Sicht sollte sich eine Gesellschaft nicht nur nach Operationalisierbarkeit fragen, sondern sie sollte strategisch über künftige Herausforderungen und neue Modelle nachdenken. Der demografische Wandel sei eine solche außerordentliche Herausforderung,

wobei er davon überzeugt sei, dass Deutschland nur durch kluge Lösungen seine wirtschaftliche Stellung in der Welt behalten könne.

Er komme im Folgenden zur Arbeit von „AntiRost“, die man seit 2004 im Rahmen eines gemeinnützigen Vereins organisiere. Die Tätigkeiten von „AntiRost“ fänden vor allem in einem angemieteten, ehemaligen Fabrikgebäude statt. Ziel des Vereins sei es, Menschen in der nachberuflichen Phase dabei zu unterstützen, etwas Sinnvolles für sich und andere zu tun. Dabei spreche man vor allem Menschen an, die im handwerklichen, künstlerischen oder musikalischen Bereich etwas tun wollten. Sehr viele Projekte führe man zusammen mit Kindern durch, denn schon seit zehn Jahren fördere „AntiRost“ den Generationendialog und die Generationenbegegnung. Damit habe man schon früh dieses wichtige Thema aufgegriffen, lange bevor es in der öffentlichen Diskussion Konjunktur erlangt habe. Dahinter stehe der Gedanke, nur wenn Kinder und Jugendliche ältere Menschen in ihrem Alltag selbst als handelnde Akteure erlebten, seien sie später auch bereit, die wachsende Zahl der Älteren im Rahmen des Generationenvertrages weiter zu unterstützen. So lade „AntiRost“ einmal im Jahr alle Kinder aus dem Stadtteil ein, um mit ihnen verschiedene Aktivitäten durchzuführen.

Das von „AntiRost“ angemietete Fabrikgebäude sei der Ort für Begegnungsmöglichkeiten der unterschiedlichsten Art, z. B. für die vereinseigene Musik- und Theatergruppe. Darüber hinaus biete man viele Projekte im Handwerksbereich an, in denen man sich mit und für Kinder engagiere. Verschiedene Teams böten an acht Schulen regelmäßig Werkunterricht an und realisierten dabei nicht nur handwerkliche, sondern auch ökologische und andere Projekte. Da handwerkliches Arbeiten und Werkunterricht an Schulen praktisch nicht mehr stattfindet, stießen diese Angebote bei Kindern auf großes Interesse. Man habe beispielsweise unter den älteren Engagierten einen Buchdruckmeister, der die Kinder in die Kunst des Druckens einführe. Man habe auch ein Aluminiumguss-Projekt mit Mitarbeitern eines benachbarten Unternehmens durchgeführt, bei dem sich 250 Schüler darüber informiert hätten, was man mit Metallguss alles machen könne, und dabei selbst kleine Figuren hergestellt hätten. Dieser Schnupperkurs in die unternehmerische Praxis habe zur Folge gehabt, dass sich 35 junge Leute nach ihrem Hauptschulabschluss für einen Metallberuf entschieden hätten. Gewissermaßen als Nebenprodukt unterstütze man so auch die Nachwuchsgewinnung von Industrie- und Handwerksbetrieben.

Darüber hinaus habe man für eine Begegnungsstätte in der Nachbarschaft ein künstlerisches Entree geschaffen oder unterstütze seit acht Jahren ein Internetcafé für Senioren, wo Literaturkurse und weitere Veranstaltungen angeboten würden. Insgesamt habe sich im Laufe der Jahre ein Netzwerk entwickelt, wo man mit 65 Partnern zusammenarbeite. Dazu gehörten Schulen, kleine Vereine und Organisationen. „AntiRost“ aufzubauen, sei nicht einfach gewesen, zumal man dies ohne jegliche Unterstützung allein mit „Manpower“ und unendlich viele Kreativität und Fantasie getan habe.

Diejenigen, die sich bei „AntiRost“ engagierten, stammten aus ganz unterschiedlichen Berufen. Man habe z. B. einen ehemaligen Lokomotivführer und einen ehemaligen Japanologen dabei, die sich jetzt in Bereichen engagierten, mit denen sie in ihren Berufen gar nichts zu tun gehabt hätten. Bürgerschaftliches Engagement müsse sich nach seiner Ansicht um die essentiellen Bedarfe der Menschen kümmern. Das heiÙe, nicht nur essen, versorgen, satt werden, sondern auch, soft skills und die persönlichen Interessen der Menschen zu berücksichtigen.

„AntiRost“ gebe es inzwischen in 33 Städten in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Das eigene in Braunschweig gewonnene Know-how gebe man gerne innerhalb des Netzwerkes weiter. Letzte Woche sei der Bürgermeister der benachbarten Stadt Wolfenbüttel an ihn herangetreten und habe um Rat gebeten, wie man das lokale Seniorenservicebüro nach einer vierjährigen Modellförderung in Eigenregie weiterführen könne. Den Erhalt solcher Strukturen, die Niedersachsen als eines der ersten Flächenländer eingeführt habe, halte er für elementar, da sie dazu dienten, von neutraler Stelle aus Informationen über ein mögliches Engagement zu vermitteln. In Dänemark gebe es solche Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung schon lange und es sei nicht nachvollziehbar, warum diese in Deutschland mitunter von den Wohlfahrtsverbänden als Konkurrenz verstanden würden. Wichtig erscheine es ihm, in diesem Bereich die Kräfte zu bündeln und die Menschen nicht durch ein diffuses Nebeneinander zu verwirren und zu verunsichern. Deshalb sollten die 16 Seniorenbüros in Niedersachsen, die nun noch ein weiteres fünftes Jahr gefördert würden, dauerhaft als engagementermöglichende Einrichtungen erhalten bleiben.

Verwaltungen dürften auch nicht nur als Kontrollorgan für die Einhaltung von Gesetzen fungieren, sondern sie müssten so ausgestattet sein, dass sie ältere Menschen dabei unterstützten, ihre wertvollen Ressourcen für die Gesellschaft einzubringen. Gefragt sei

eine Ermöglichungs- und keine Verhinderungsverwaltung. Notwendig seien vor allem Qualifikation und Beratung in Form eines „training on the job“, denn Vereinsverantwortliche müssten in Deutschland viele gesetzliche Regelungen beachten. Er könne ohne Probleme länger über die schwierigen Rahmenbedingungen für das Engagement sprechen, die von den Regelungen der Berufsgenossenschaft bis zu den GEMA- und GEZ-Gebühren reichten. Diese Probleme könnten sich mitunter entmutigend auf Engagierte auswirken, wenn diese nicht so zäh wie die „AntiRostler“ in Braunschweig seien und nicht auf funktionierende Netzwerke zurückgreifen könnten. Er wünsche sich von der Politik, dass sie Rahmenbedingungen fördere, die Menschen vor Ort bei ihrem Engagement unterstützten. Die Bundespolitik könne mit der Förderung von Modellprojekten dazu beitragen, innovative Perspektiven für eine immer älter werdende Gesellschaft zu entwickeln.

Die **stellv. Vorsitzende** dankt Herrn Hinterberg für die Präsentation der wunderbaren Arbeit von „AntiRost“. Die Fragerunde eröffne der Kollege Bernschneider.

Abg. **Florian Bernschneider** (FDP) bedankt sich ebenfalls bei Herrn Hinterberg für seine eindrucksvolle Vorstellung und bittet ihn, noch einmal genauer auf den beruflichen Hintergrund der bei „AntiRost“ engagierten Ehrenamtlichen und auf die Strategien einzugehen, mit denen man Engagierte zu gewinnen versuche. Aus seiner Beobachtung profitierten bei „AntiRost“ sowohl der ehrenamtliche Druckermeister, der sein Wissen und seine Kenntnisse an junge Menschen weitergebe, als auch die Jugendlichen selbst, die z. B. etwas über das Funktionieren von heute kaum mehr bekannten Drucktechniken und Maschinen erführen. Herr Hinterberg habe auch betont, der Anspruch sei gewesen, „AntiRost“ in Eigenregie aufzubauen. Zugleich habe er jedoch betont, wie wichtig es sei, dass die Politik engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen unterstütze. Möglicherweise sei es aber zu kurz gedacht, hier einfach nur eine bezahlte Stelle zu schaffen, da sich Ältere ihre Form des Engagements ungern vorgeben ließen. Insofern stelle sich die Frage, wie man solche innovativen Ansätze, wie sie mit „AntiRost“ in Braunschweig entstanden seien, übertragen könne.

Abg. **Klaus Riegert** (CDU/CSU) dankt Herrn Hinterberg für seinen Beitrag und beglückwünscht ihn für die Arbeit von „AntiRost“. Als Bundespolitiker beschäftige man sich normalerweise eher mit theoretischen und übergeordneten Fragen. Deshalb sei es sehr erfrischend, den praktischen Engagementalltag so anschaulich geschildert zu bekommen. Nach seiner festen Überzeugung liege das wirklich große Potenzial ohnehin im Ehrenamt

vor Ort. Ihn interessiere, ob es für „AntiRost“ leicht sei, engagierte Mitstreiter für die Projekte zu gewinnen und welche Formen der Anerkennungskultur im Verein praktiziert würden. Außerdem möchte der Abgeordnete wissen, ob Herr Hinterberg Wünsche an den Bundesgesetzgeber habe, deren Erfüllung die Arbeit an der Basis erleichtern würde.

Die **stellv. Vorsitzende** erklärt, die Arbeit von „Anti Rost“ erinnere sie an eine Art selbstverwaltetes Jugendhaus für Ältere, in dem sich Menschen zusammenfänden, um gemeinsam mit anderen gemeinnützige Projekte verwirklichen zu können. Sie interessiere, was den Anstoß für die Gründung von „AntiRost“ gegeben habe und welche Kompetenzen notwendig gewesen seien, damit sich der Verein so toll habe entwickeln können. Die Abgeordnete erkundigt sich zudem, ob man auch andere dabei berate, die Idee von „AntiRost“ auf andere Städte zu übertragen. Herr Hinterberg habe auch kurz einige Probleme bei der eigenen Arbeit, z. B. mit der Berufsgenossenschaft, angedeutet. Sie interessiere, ob es weitere Hürden gebe, bei denen die Politik unterstützend tätig werden sollte. Die Abgeordnete möchte zudem wissen, ob die Arbeit des Vereins rein ehrenamtlich organisiert sei oder ob es hauptamtliche Kräfte, z. B. zur Entlastung bei Verwaltungsaufgaben, gebe. Außerdem fragt sie, was Städte Älteren anbieten müssten, damit solche Initiativen wie „AntiRost“ selbstorganisiert und selbstverwaltet „blühen“ und Ältere so tolle ehrenamtliche Arbeit leisten können.

Günther Hinterberg (AntiRost Braunschweig e. V.) weist darauf hin, dass der Anstoß zur Gründung von „AntiRost“ auf den eigenen beruflichen Erfahrungen im Pflegeheim beruhe, wo er sehr viel Frust sowohl bei den Mitarbeitern als auch bei den alten Menschen erlebt habe. In Dänemark habe er dagegen einen viel bunteren Alltag im Pflegebereich erlebt. Dies hänge damit zusammen, dass die Strukturen dort viel kleiner seien und dass dort mit einem ganz anderen Personalschlüssel gearbeitet werde, der in Deutschland unvorstellbar und auch unbezahlbar sei. Zudem verfolge man in Dänemark einen quartiersbezogenen Ansatz, der viel stärker darauf ausgerichtet sei, Nachbarschaft, Freunde und Familien in ein professionelles Netzwerk mit einzubeziehen. Zusammen mit seinen Studenten habe er sich auch Gedanken über Organisationsstrukturen in der Altenhilfe gemacht und habe in diesem Zusammenhang ein Altenaktivitätscenter in einem ehemaligen Straßenbahnschuppen besucht, wo ältere Männer Roller und sonstiges Spielzeug von Kindern repariert hätten. Die Ausstrahlung und die Zufriedenheit dieser Menschen über die selbstständige Form der Lebensgestaltung seien emotional sehr berührend und inspirierend gewesen.

Auch „AntiRost“ arbeite sehr quartiersbezogen in einem Stadtteil, wo viele alte Menschen lebten, die früher zumeist als Arbeiter in Fabriken beschäftigt gewesen seien und die nach ihrem Renteneintritt, oft nichts mit sich anzufangen gewusst hätten. Der Verein fülle eine Nische für solche Menschen, die sich bisher vor allem über ihrer Hände Arbeit definiert hätten. Unter ihnen gebe es unglaublich viele praktische Könnern und ein sehr großes handwerkliches Wissen, was verlorenzugehen drohe, wenn es nicht an die nächste Generation weitergegeben werde. Bei „AntiRost“ repariere man zum Teil kaum mehr bekannte Maschinen, weil man die entsprechenden Fachleute dafür habe. Man habe z. B. zusammen mit Kindern und Jugendlichen im Rahmen verschiedener Hilfsprojekte schon 1.400 Rollstühle repariert, die in Deutschland aus versicherungsrechtlichen Gründen ausrangiert seien, die aber – technisch überholt – im Ausland noch wertvolle Dienste leisten könnten. Aktuell arbeite man für ein Hilfsprojekt in Kenia eine alte Dosenverschlussmaschine auf, die den Einheimischen zur Konservierung und lokalen Vermarktung von angebauten Feldfrüchten und hergestellten Agrarprodukte dienen solle. Für ein anderes Projekt - ein Gärtnermuseum – restauriere man alte Geräte und Werkzeuge. Die aus der Umsetzung dieser Projekte resultierende Lebensfreude sei das, was die Arbeit des Vereins eigentlich ausmache.

Man klammere sich als Verein auch nicht an Geld aus öffentlichen Kasse und agiere nicht nach dem Motto, „wenn ihr uns nicht unterstützt, machen wir nichts“. Vielmehr gehe man auch in diesem Bereich neue und kreative Wege und versuche mit viel Fantasie, Industrie- und Handwerksbetriebe von der Idee des Vereins zu begeistern, auch um sie als Sponsoren und Geldgeber für Projekte zu gewinnen. Hierfür habe man eine eigene Arbeitsgruppe „Projektplanung“ gegründet. Das Geheimnis des Erfolgs beruhe zudem auf flachen Hierarchien und einer guten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die wichtig sei, um vor Ort wahrgenommen zu werden und Ressourcen erschließen zu können.

Bei „AntiRost“ bekomme niemand für seine Tätigkeit Geld, sondern alles beruhe auf ehrenamtlichem Engagement. Er selbst sei beispielsweise in den letzten acht Jahren rund 50.000 km im Rahmen seines Engagements gefahren, ohne hierfür eine Erstattung zu erhalten. Gleichwohl wären Aufwandsentschädigungen für Engagierte oder steuerliche Absetzungsmöglichkeiten von Ausgaben grundsätzlich begrüßenswert. Denn eine Wertschätzung dieser der Gesellschaft zugute kommenden Ressource müsse sich in irgendeiner Weise in Vorteilen für Engagierte ausdrücken, da es sich auch nicht alle von ihnen finanziell leisten könnten, beim Engagement selbst Geld draufzulegen.

Auch juristische Beratung sei wichtig, wenn man einen Verein aufbauen wolle. Er habe über Freunde, aber auch über das Seniorenbüro und über die Sozialverwaltung in der Kommune juristische Unterstützung erhalten. Man habe auch eine sehr gute Bürgerstiftung in Braunschweig, die inzwischen sogar kostenlos Fort- und Weiterbildungen in diesem Bereich für gemeinnützige Vereine anbiete. Schließlich stehe man immer mit einem Bein im Gefängnis, wenn man sich mit den vielen komplizierten Regelungen, z. B. des Gemeinde Unfallversicherungsverbandes, nicht auskenne. Eine große Belastung für die Vereine seien auch die GEZ- und GEMA-Gebühren, wo er sich großzügigere Befreiungsregelungen für kleine gemeinnützige Organisationen wünschen würde.

„AntiRost“ bescheide sich mit knappen Mitteln, was auch bei dem eigenen Pool an Sponsoren, den man inzwischen aufgebaut habe, gut ankomme. Darüber hinaus versuche man, zusätzliche Ressourcen über die Gerichte zu erschließen, die auf Antrag Einnahmen aus Buß- und Strafgeldern an gemeinnützige Organisationen weitergäben. Hauptamtliche habe man bei „AntiRost“ nicht. Mit 50 Mitgliedern sei man ein kleiner, überschaubarer, quartiersbezogener Verein, der auch nicht größer werden wolle. Jeder, der sich darüber hinaus in Projekten engagieren wolle, sei herzlich willkommen. Das eigene Wissen gebe man gerne kostenlos an andere weiter, ohne diese bevormunden zu wollen. Die Arbeit von „AntiRost“ laufe in jeder Stadt ein wenig anders und werde vor Ort selbstständig organisiert. Das alte Fabrikgebäude habe man günstig für die Vereinsarbeit mieten können. Gleichwohl hielte er - gerade bei solchen Kosten in der Anlaufphase eines Vereins - mehr finanzielle Unterstützung durch die Kommune für wünschenswert.

Das Erfahrungswissen der Engagierten bei „AntiRost“ sei sehr vielfältig. Derzeit führe man gerade ein Buchdruckprojekt mit einer selbst restaurierten alten Druckmaschine durch. Der ehrenamtliche ehemalige Buchdrucker zeige dabei den Schülern, wie man noch vor 25 Jahren im Rotationsdruck handwerklich gearbeitet habe. Die Schüler fänden dies total spannend und druckten sich Visitenkarten oder Artikel für die eigene Schülerzeitung. Obwohl das Projekt inzwischen beendet sei, wollten es die Schüler unbedingt fortsetzen. Für solche außerschulischen Lernprojekte im Rahmen der Ganztagschule gebe es in Niedersachsen eine Projektfinanzierung. Diese müsse unbedingt erhalten bleiben, da solche Projekte ansonsten von den Vereinen nicht realisierbar seien.

Engagierte für „AntiRost“ gewinne man vor allem durch den im Verein herrschenden Geist. Menschen fühlten sich hier wohl und engagierten sich gerne, weil die Atmosphäre

stimme und weil man sich im Netzwerk gegenseitig unterstütze. Da man bei „AntiRost“ viele Gewerke habe, könne man auch bei vielen kleinen Dingen schnell und unbürokratisch helfen. So etwas fasziniere die Leute. Man gehe z. B. in Pflegeheime und überprüfe kostenlos alle Rollstühle, ziehe die Bremsen nach und pumpe die Räder auf. Für so etwas hätten Pfleger heute einfach keine Zeit mehr. Was gebe es Schöneres, als - abseits der pflegerischen Abrechnungssysteme - Zeit zu verschenken und Mitmenschlichkeit zu praktizieren? Solche kleinen kreativen Projekte habe man viele. Zusammen mit der Verkehrswacht statte man z. B. Rollstühle mit Reflektoren aus, damit die Nutzer in der dunklen Jahreszeit besser zu erkennen seien aus, oder man führe ein Glockenguss-Projekt mit Schülern durch oder biete einen Schweißkurs für ältere Männer an. Demnächst werde man eine Vitrine einrichten, wo man handwerkliche Meister- und Gesellenstücke ausstellen werde, was auch eine praktizierte Form der Wertschätzung sei.

Wichtig sei auch eine systematische Pressearbeit. Er selbst sei seit 12 Jahren beim Braunschweiger Journal, einer Seniorenzeitung, aktiv und sei auch im Beirat der Regionalzeitung tätig. Öffentlichkeitsarbeit müsse gelernt werden und brauche am Anfang auch eine kleine Erstfinanzierung. „AntiRost“ habe die ersten 300 Euro von der Stiftung Mitarbeit erhalten. Es seien solche kleinen Dinge, die zur Kreativität ermuntert hätten und aus denen viel Engagement entstanden sei. Dafür sei er noch heute sehr dankbar.

Was man im Engagement brauche, seien flache Hierarchien und keine „Alphamännchen“, die andere bevormunden und dominieren wollten. Gerade solche atmosphärischen Aspekte seien für das Funktionieren eines Vereins entscheidend. Wichtig seien zudem Könnern, die über Fachwissen verfügten. Auch eine Anerkennungskultur sei ein wichtiger Punkt. Er habe beispielsweise am Tag des Ehrenamtes vom damaligen Ministerpräsidenten Wulff das „Niedersachsenross“ erhalten. Ähnliche Auszeichnungen durch die Ministerpräsidenten gebe es auch in anderen Bundesländern. Auch einen Ehrenamtspass, mit dem man Vergünstigungen und Vorteile in bestimmten Bereichen in Anspruch nehmen könne, halte er für eine gute Möglichkeit, wie Kommunen bürgerschaftliches Engagement wertschätzen könnten. In Braunschweig gebe es so etwas.

Eine weitere wichtige Form der Anerkennung und öffentlichen Wertschätzung sei die Auslobung von Preisen. Auch wissenschaftliche Untersuchungen könnten dazu dienen, die Bedarfssituationen von alten Menschen besser zu eruieren. Die angesprochene mangelnde Bereitschaft, in Vereinen Verantwortung zu übernehmen, habe auch mit den

Rahmenbedingungen zu tun. Oft fehle es an Beratung und damit an Sicherheit, ein Amt auch ausfüllen zu können. Seit einigen Jahren gebe es auf Länderebene auch die Unfall- und Haftpflichtversicherung für Ehrenamtliche, die aber nur nachrangig greife und in ihren Ausführungsbestimmungen äußerst kompliziert sei. Wünschenswert wären hier bundesweit einheitliche und verständliche Regelungen. Auch mehr kostenlose Aufklärung, Unterstützung und Begleitung für kleine gemeinnützige Vereine würden eine erhebliche Erleichterung darstellen.

Die **stellv. Vorsitzende** dankt Herrn Hinterberg herzlich für sein Kommen und für die ansteckende Begeisterung, mit der er über die beeindruckende Arbeit von „AntiRost“ berichtet habe. Es komme immer auf Menschen an, die Dinge von sich aus entschlossen in die eigene Hand nähmen, denn Engagement könne bekanntlich nicht verordnet werden. Sie bedanke sich auch für die Anregungen und Anstöße an die Politik, die man sehr gut gebrauchen könne, wenn man in den weiteren Beratungen darüber nachdenke, die Rahmenbedingungen für die Engagierten so zu gestalten, dass sie noch mehr zum Engagement ermunterten. Darüber hinaus danke sie noch einmal Herrn Sittler für seine informative und schwungvoll vorgetragene Präsentation. Sie wünsche der Generali Altersstudie viele Leser, damit sie im Laufe der Zeit einen ähnlichen Stellenwert erhalte wie die Shell-Jugendstudie.

Günther Hinterberg (AntiRost Braunschweig e. V.) erklärt abschließend, er würde sich über jeden Besuch auf der Homepage <http://www.antirostbraunschweig.de> und über jeden Eintrag in das dortige Gästebuch freuen.

Tagesordnungspunkt 3

Aktuelle Gesetzesvorhaben

Die **stellv. Vorsitzende** weist darauf hin, dass am kommenden Freitag, dem 1. Februar 2013, im Plenum die 2. und 3. Lesung zum Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz stattfinden werde, das seit der abschließenden Beratung im Finanzausschuss nun „Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes“ heiße.

Tagesordnungspunkt 4

Verschiedenes

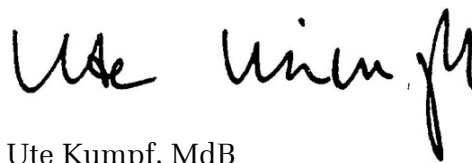
Die **stellv. Vorsitzende** informiert, dass die nächste Sitzung des Unterausschusses am 27. Februar 2013, 17:00 bis 19:00 Uhr, stattfinden werde. In dieser stehe dann das Engagement der jüngeren Generation im Mittelpunkt. Zum einen werde Frau Mareike Alscher vom Wissenschaftszentrum Berlin die Ergebnisse des Forschungsprojektes „Jugendliche in zivilgesellschaftlichen Organisationen“ vorstellen und zum anderen werde Herr Dr. Maik-Carsten Begemann vom Forschungsverbund des Deutschen Jugendinstituts und der TU Dortmund zentrale Befunde der Studie „Jugendliche Aktivitäten im Wandel. Gesellschaftliche Beteiligung und Engagement in Zeiten des Web 2.0“ präsentieren. Zudem sei eine ergänzende Kommentierung durch den Deutschen Bundesjugendring vorgesehen.

Die stellv. Vorsitzende wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend und schließt die 31. Sitzung des Unterausschusses.

Ende der Sitzung um 18:45 Uhr



Markus Grübel, MdB



Ute Kumpf, MdB

Generali Deutschland Holding AG

Generali Zukunftsfonds

Generali Altersstudie 2013

Kurzpräsentation der wesentlichen Ergebnisse
für den Unterausschuss
Bürgerschaftliches Engagement des
Deutschen Bundestages

Berlin, 30. Januar 2013

Loring Sittler
Leiter Generali Zukunftsfonds



Die Generali Deutschland Gruppe und ihre gesellschaftliche Verantwortung



Gesellschaftliches Engagement der Mitarbeiter

Konzept

Der **demografische Wandel** bringt Risiken mit sich, denen das Sozialsystem in seiner derzeitigen Form nicht gewachsen ist. Ziel des Generali Zukunftsfonds ist es, rechtzeitig Chancen für die Erhaltung von **Sicherheit, Freiräumen und Lebensqualität** zu entwickeln.

Dies soll durch die systematische Förderung des bürgerschaftlichen Engagements insbesondere der Älteren geschehen. Denn gerade Ältere können ein hohes Potenzial an Sozialkapital (Wissen, Erfahrung, Netzwerke, ...) für das Gemeinwohl einbringen.

Umsetzung im Programm:
**Bürger unternehmen
Zukunft**

Rahmen-
bedingungen

Projekte

Studien

Annerkennung
PR

Handlungsebenen des GZF

Wirkung der Arbeit des Generali Zukunftsfonds nach 4 Jahren

Dynamisierung im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements gelungen

- Start im Herbst 2008
- Mehr als 300 geförderte regionale und bundesweite Veranstaltungen und Projekte mit und für Ältere
- Gesamtausgaben bisher ca. 15 Millionen Euro
- Mitwirkung beim Nationalen Forum für Engagement und Partizipation (2010 und 2012)
- Mitwirkung beim Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin
- Zahlreiche public-private-partnerships mit BMFSFJ, Landesministerien und Gemeinden
- Zahlreiche Kooperationen mit anderen Stiftungen
- Veröffentlichung unserer Studien durch die Bundeszentrale für politische Bildung:
 - Bericht zur demografischen Lage der Nation (2010)
 - Generali Altersstudie (2013)
- Buchveröffentlichung „Wir brauchen Euch!“ (Aug 2011)



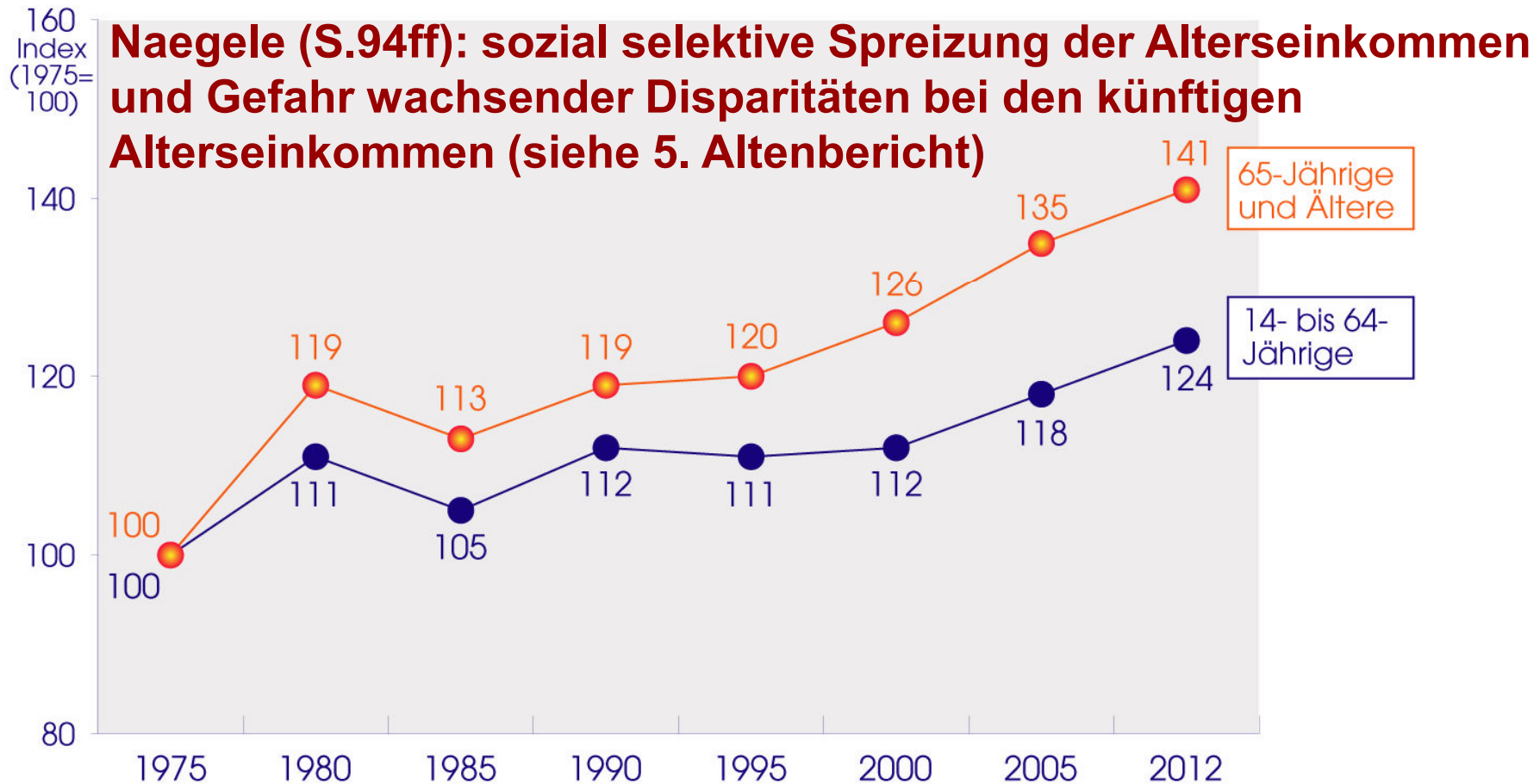
Untersuchungsdesign der Generali Altersstudie 2013 – Quantitative Befragung

- Repräsentierte Grundgesamtheit:** Deutschsprachige Bevölkerung im Alter von 65 bis 85 Jahre in Privathaushalten (15,24 Mio. Personen)
- Anzahl der Befragten:** 4.179 Befragte
- Gewichtung/Repräsentanz:** Faktorielle Gewichtung zur Aufhebung der Disproportionalitäten bei der Stichprobenziehung sowie zur Angleichung an die Strukturdaten der amtlichen Statistik
- Auswahlmethode für die befragten Personen:** Quotenverfahren
- Art und Umfang der Interviews:** Mündlich-persönliche (face-to-face) In-Home-Interviews durch geschulte Interviewerinnen und Interviewer des Instituts für Demoskopie Allensbach auf Basis eines einheitlichen, strukturierten Fragebogens mit einer durchschnittlichen Interviewlänge von rund 60 Minuten
- Befragungszeitraum:** 15. Februar bis 31. März 2012

Zusätzlich: Einbeziehung von Sekundärdaten des Allensbacher Archivs

Überdurchschnittliche Einkommensentwicklung der älteren Generation seit 1975

Haushaltsnettoeinkommen (auf Basis der Preise von 2011)

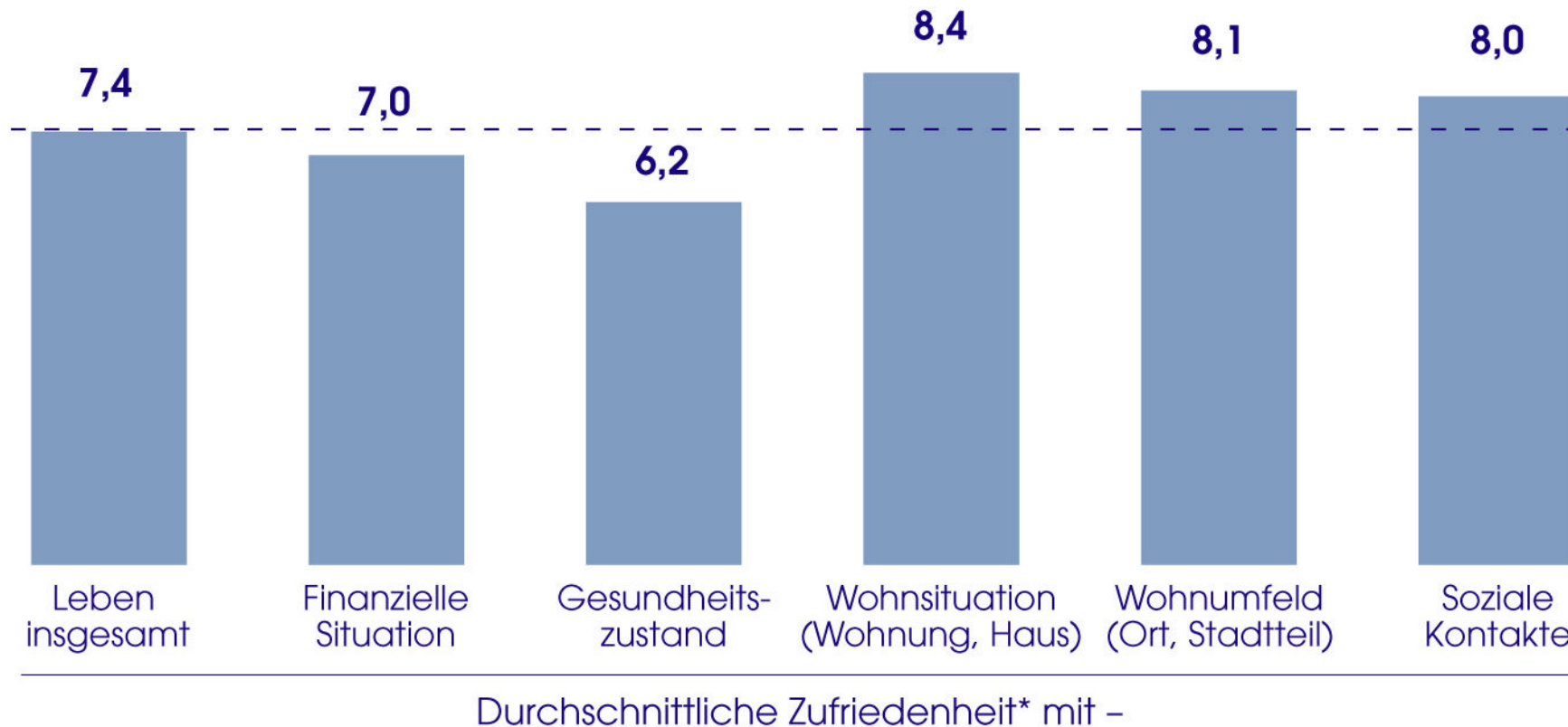


Basis: Westdeutschland, Bevölkerung ab 14 Jahre
Quelle: Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalysen, zuletzt AWA 2012

Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen

Krise: Lebenszufriedenheit als Ausdruck von Anpassungsfähigkeit und Kreativität

S. 64 ff

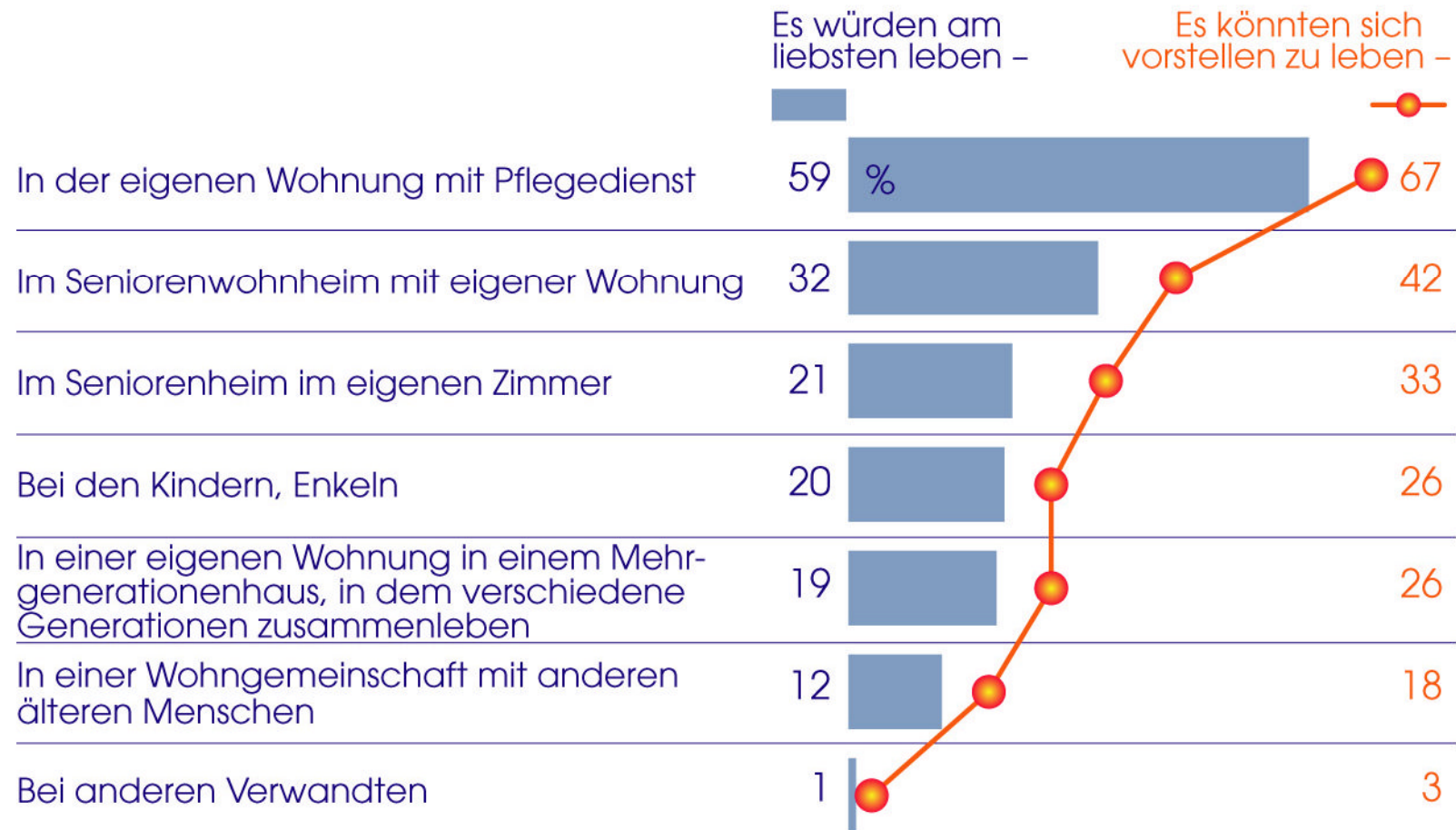


* Auf einer Skala von 0 ("überhaupt nicht zufrieden") bis 10 ("völlig zufrieden")

Klare Präferenz für Optionen, die die eigene Unabhängigkeit sichern

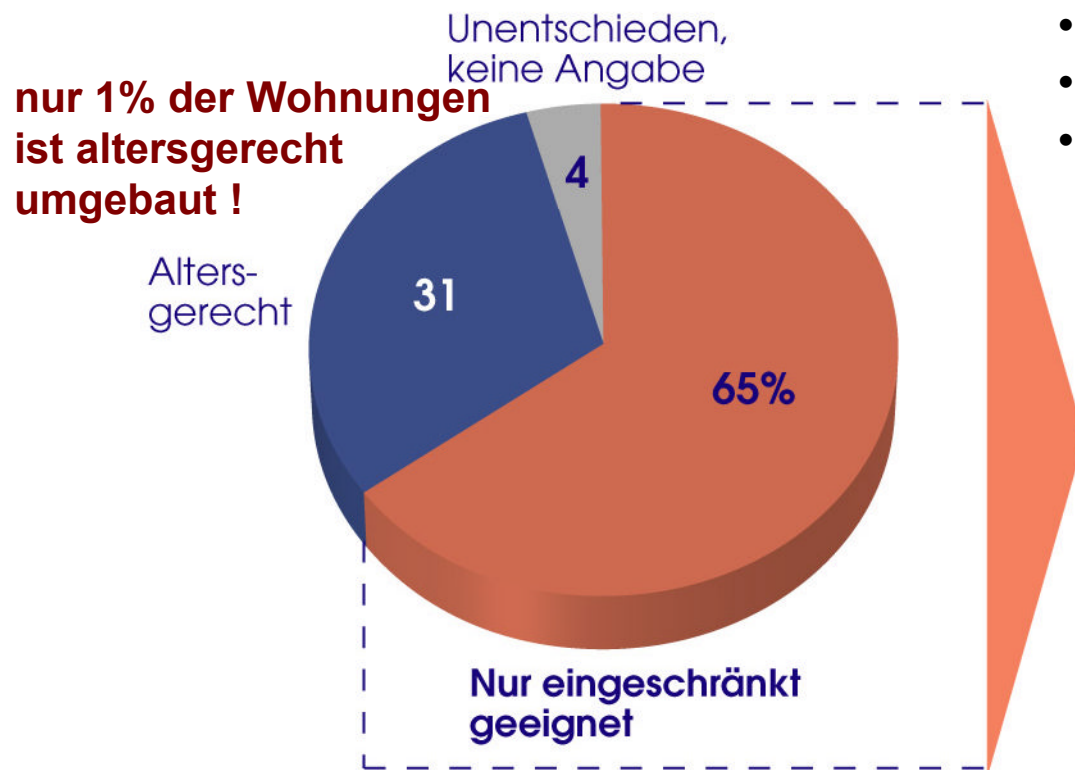
Fragen: "Wenn Sie einmal nicht mehr alleine leben können, welche Art zu leben könnten Sie sich vorstellen?"

"Wenn Sie einmal nicht mehr alleine leben können, wie möchten Sie dann am liebsten leben?"



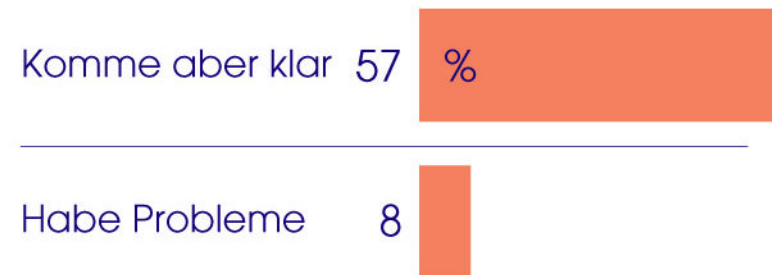
Altersgerechte Wohnsituation?

Frage: "Zum Thema altersgerechtes Wohnen:
Wie schätzen Sie Ihr Haus bzw. Ihre Wohnung ein:
Ist dort alles altersgerecht, oder ist das Haus bzw.
die Wohnung für ältere Menschen nur eingeschränkt geeignet, z.B. weil es viele Treppen oder hohe Türschwellen gibt?"



Frage: "Und kommen Sie in Ihrem Haus bzw. in Ihrer Wohnung derzeit gut klar, oder haben Sie Probleme, weil es nicht altersgerecht ist?"

- **36% sind am Wohnort geboren**
- **31% leben schon länger als 40 Jahre dort**
- **63% leben in eigener Immobilie**
- **hohe Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld und Infrastruktur (8,1 Punkte)**



Heinze: Schaffung altersgerechter Wohnsettings als Herausforderung
S. 119-131

Selbständiges Wohnen nur in einer sorgenden Gemeinschaft

Kommentar von Prof. Dr. Rolf Heinze (S. 313 -319)

„Es gibt keine Alternative dazu, im Wohnquartier komplementär zum erforderlichen altersgerechten Umbau von Hunderttausenden von Wohnungen zusätzlich soziale Unterstützungsnetzwerke aufzubauen und das nahe Wohnumfeld als Pflege- und Kontaktstützpunkt bei Bedarf zu nutzen.“

„Generell bedarf es einer stärkeren Förderung sozialraumorientierter Versorgungsansätze, was auch die Beseitigung von Fehlanreizen für die pflegerische und gesundheitliche Versorgung in der eigenen Wohnung beinhaltet.“

Beispiel Bielefeld (S. 315)

Nach Angaben des Sozialamts der Stadt Bielefeld steigt die Zahl der Pflegebedürftigen von 2005 bis 2009 um 1.164 Personen. Von diesen wären jedoch nur 26 im Heim versorgt worden... wobei das Ziel, stationäre Kapazitäten nicht weiter auszubauen, nicht nur verkündet, sondern strikt umgesetzt wird.

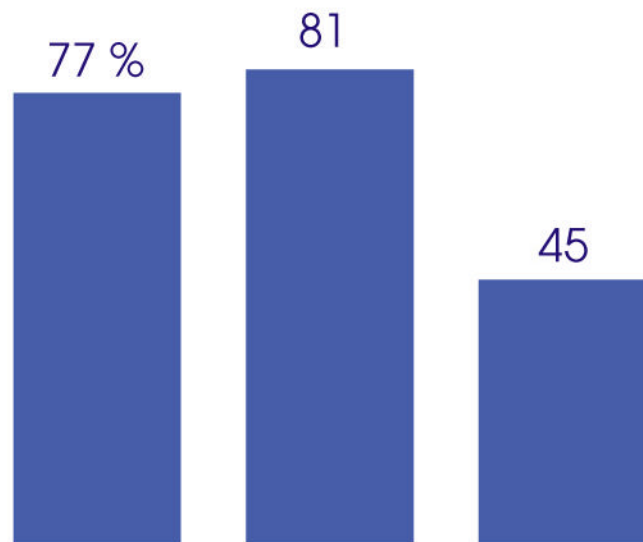
Ausprägung persönlicher Netzwerke in der älteren Generation

- Sehr hohe Zufriedenheit mit sozialen Kontakten
- 67 Prozent der 65- bis 85-Jährigen leben mit einem Partner zusammen
- 89 Prozent haben Kinder; 76 Prozent haben Enkelkinder
- 73 Prozent der 65- bis 85-jährigen Eltern sehen ihre Kinder mindestens mehrmals im Monat; 66 Prozent der 65- bis 85-jährigen Großeltern sehen ihre Enkelkinder mindestens mehrmals im Monat
- 79 Prozent haben Freundschaften, die schon seit Jahren oder Jahrzehnten bestehen; 50 Prozent verfügen über einen festen Freundes- und Bekanntenkreis, mit dem sie sich regelmäßig treffen
- Nur 4 Prozent fühlen sich „häufig“ einsam, 19 Prozent zumindest „manchmal“ – wobei weniger das Alter als ein schlechter Gesundheitszustand das Gefühl der Isolation befördert

Vereinsamte Alte sind die Ausnahme!

Familie und persönliche Netzwerke als soziales Netz

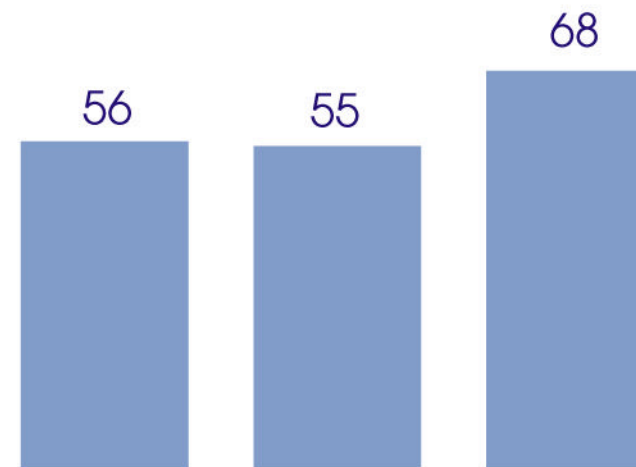
Es können in einer schwierigen Lage auf die Hilfe von Familienangehörigen bauen



65- bis 85- Jährige

insgesamt Eltern Kinderlose

Es können in einer schwierigen Lage (auch) auf die Hilfe von Personen außerhalb der Familie bauen



65- bis 85- Jährige

insgesamt Eltern Kinderlose

Generali Altersstudie 2013

Rolle des Bürgerschaftlichen Engagements für den Einzelnen und Verantwortungsbereitschaft der Alten

Zitat aus der Einleitung von **Prof. Dr. Andreas Kruse**: Zu Hintergrund und Bedeutung der GAS (im Buch S. 15-29):

„Das Engagement im öffentlichen Raum wird von den meisten älteren Menschen als Quelle subjektiv erlebter Zugehörigkeit wie auch von Sinnerleben, positiven Gefühlen und Lebensqualität verstanden.“ (S.22)

Bild der „gierigen Generation“ (s. Naegele S. 248 und S. 334) widerlegt:

„Zudem zeigt sich in der für die Entwicklung von Land und Gesellschaft empfundenen Verantwortung wie auch in den Erwartungen an staatliche und gesellschaftliche Akteure eine starke Identifikation mit anderen Menschen: die Verringerung sozialer Unterschiede, die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und die Verringerung der Staatsverschuldung nehmen hier vordere Rangplätze ein.“ (S.27)

Naegele: „Sie begreifen sich als Teil der Gesellschaft und nicht als Gruppe mit Sonderinteressen.“ (S.334)

Rolle des negativen Altersbildes als Verhinderungsfaktor für Bürgerschaftliches Engagement

Zitat aus dem Kommentar von **Prof. Dr. Andreas Kruse**: Mitverantwortliches und gelingendes Altern aus individueller und gesellschaftlicher Sicht (im Buch S. 372 - 382):

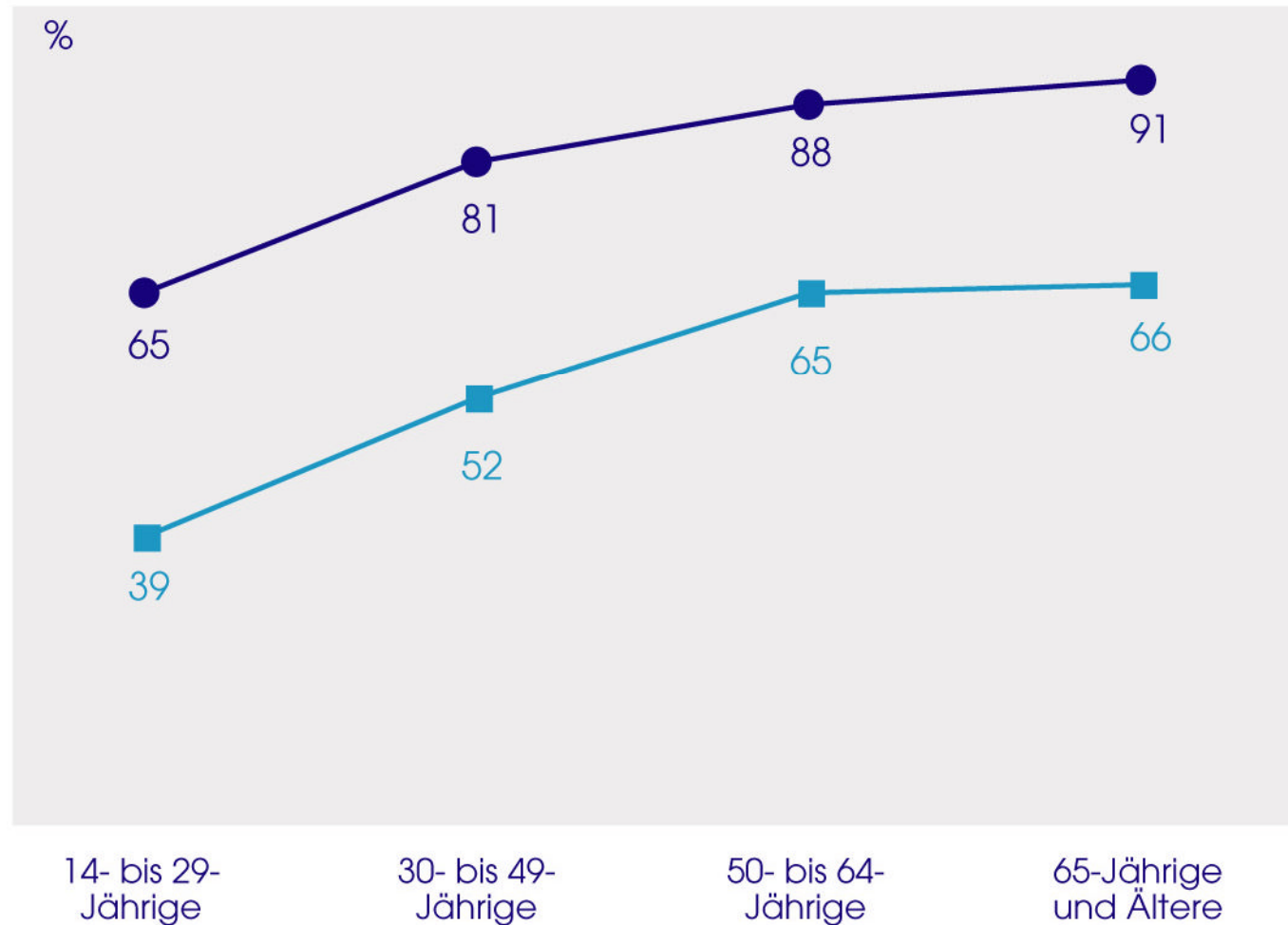
„Ob sich ältere Menschen tatsächlich um soziale und politische Partizipation bemühen ... hängt nicht zuletzt davon ab, dass ihre Ressourcen von anderen erkannt werden und ihr Engagement gesellschaftlich akzeptiert wird.

Solange gesellschaftlich dominante Altersbilder dazu tendieren, das Alter primär durch Einschränkungen und Verluste zu charakterisieren und gleichzeitig erhaltene Fähigkeiten und Fertigkeiten ebenso wie spezifische Stärken des Alters zu vernachlässigen, werden viele ältere Menschen den Eindruck gewinnen, ihr Engagement sei nicht erwünscht, und – zum Teil aus der Befürchtung, zurückgewiesen zu werden – auf ein Engagement verzichten.“ (S. 380 ff)

Gut über das Zeitgeschehen informiert

Es haben sich am Vortag über das aktuelle Geschehen informiert

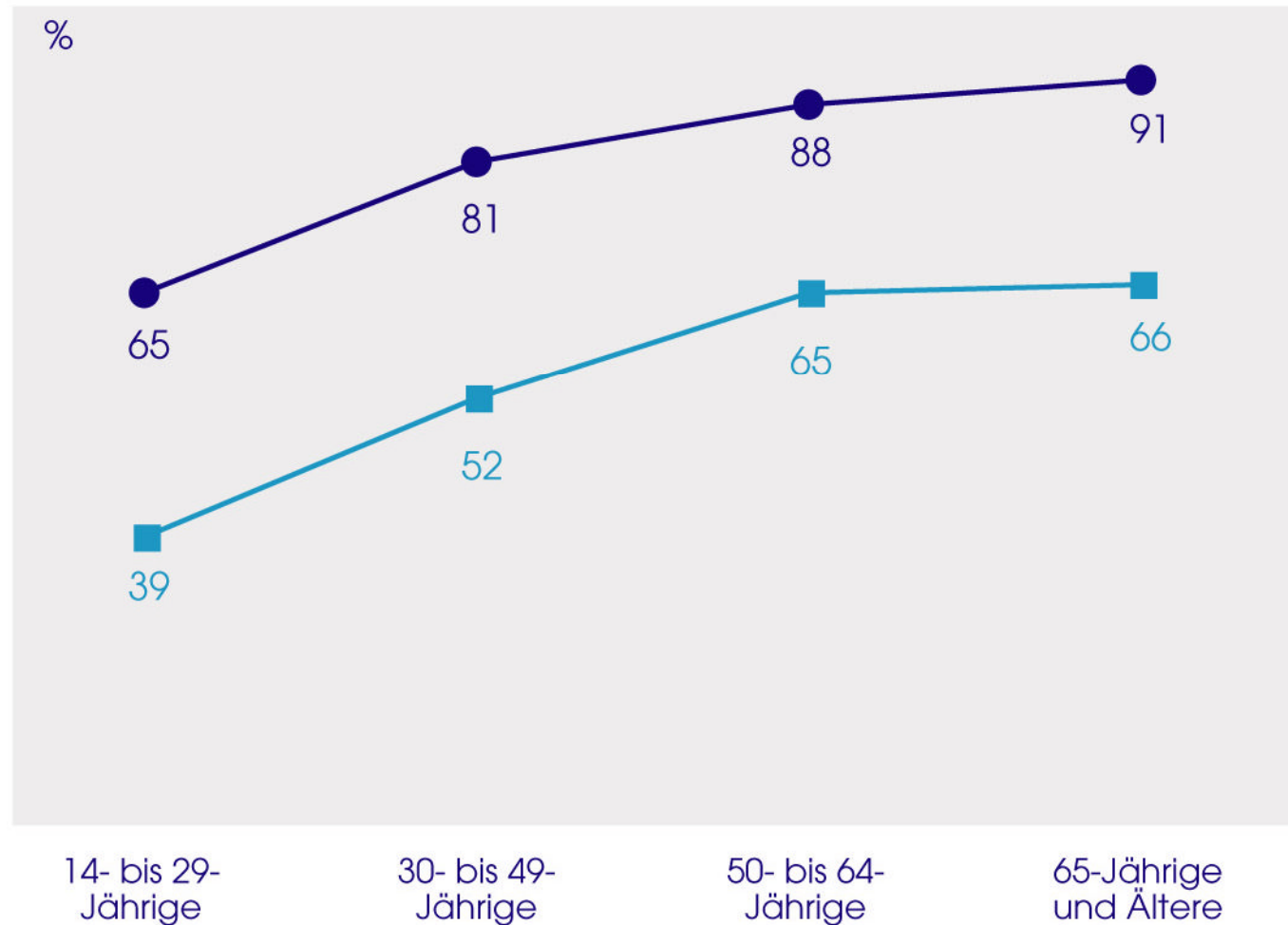
“Mir ist wichtig, dass ich über das Zeitgeschehen immer gut informiert bin, dass ich da immer auf dem Laufenden bin.”



Gut über das Zeitgeschehen informiert

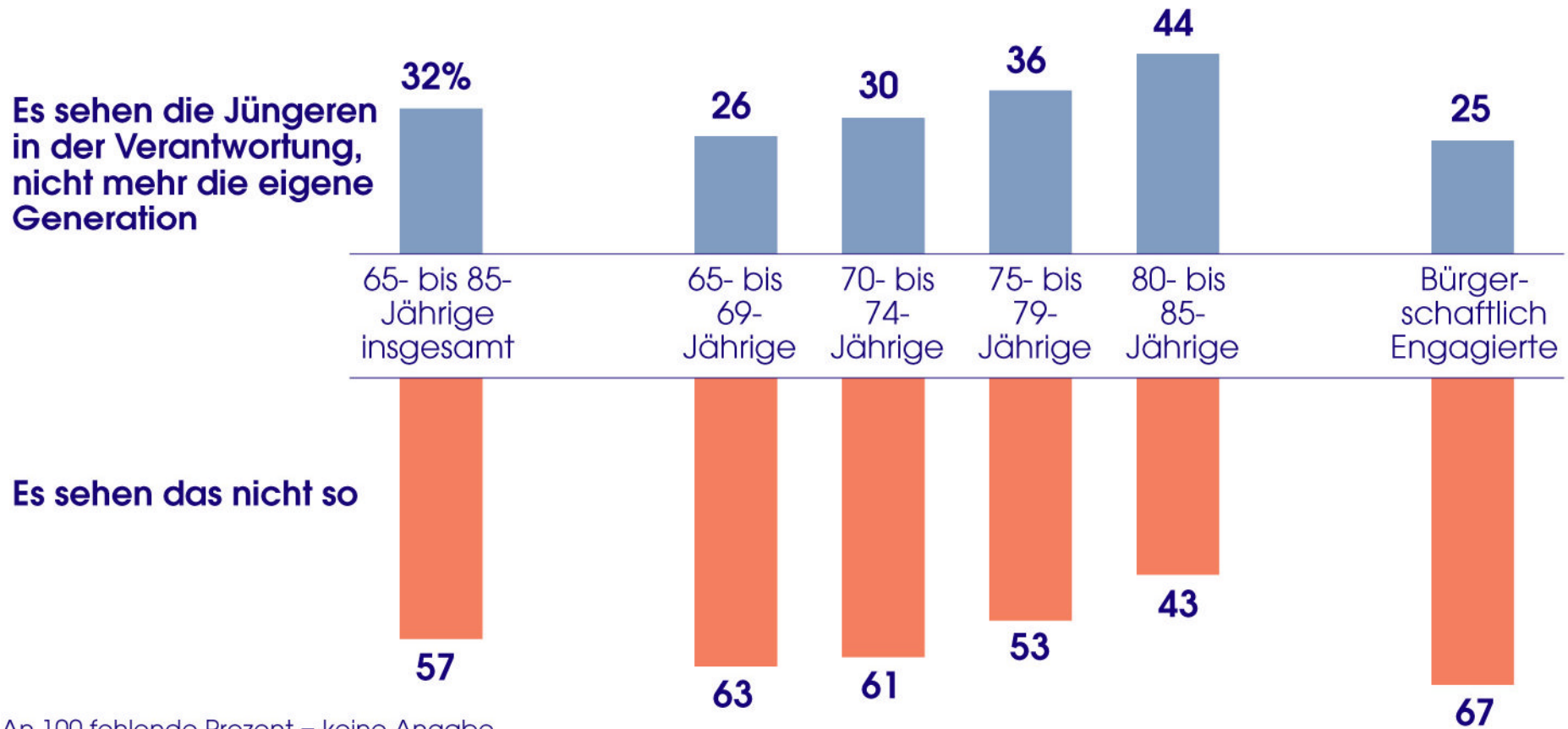
Es haben sich am Vortag über das aktuelle Geschehen informiert

“Mir ist wichtig, dass ich über das Zeitgeschehen immer gut informiert bin, dass ich da immer auf dem Laufenden bin.”



Verantwortung übernehmen für die Entwicklung der Gesellschaft

'Wie sich unser Land und unsere Gesellschaft entwickeln, dafür sind die Jüngeren verantwortlich. Das ist nicht mehr die Aufgabe unserer Generation.'



An 100 fehlende Prozent = keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, 65- bis 85-jährige Bevölkerung
Quelle: Generali Altersstudie 2013

Breites Engagement der älteren Generation

Es engagieren sich -

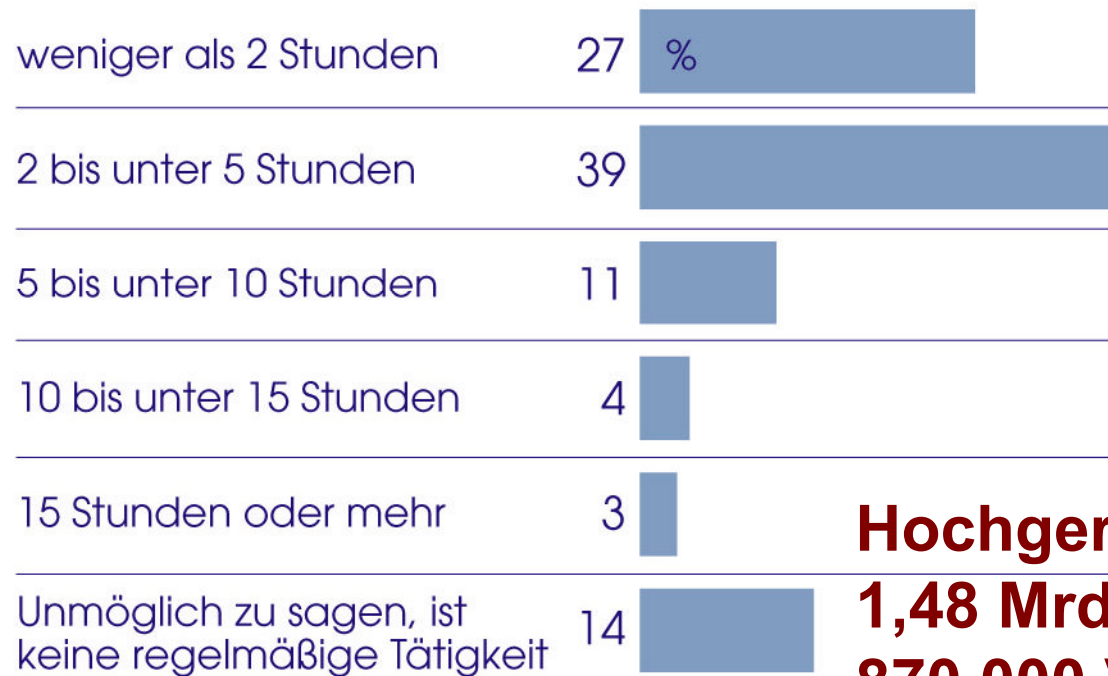


in mindestens einem der Bereiche: 45%

**Frage nach
Ehrenamt:
24% ja**

Durchschnittliches Engagement im Umfang von rund vier Stunden pro Woche

Frage: "Einmal alles zusammengenommen: Wie viel Zeit wenden Sie für Ihr gesamtes freiwilliges bzw. ehrenamtliches Engagement im Durchschnitt pro Woche so ungefähr auf? Sind das ..."



Hochgerechnet p.a.:
1,48 Mrd. Stunden oder
870.000 Vollzeitstellen

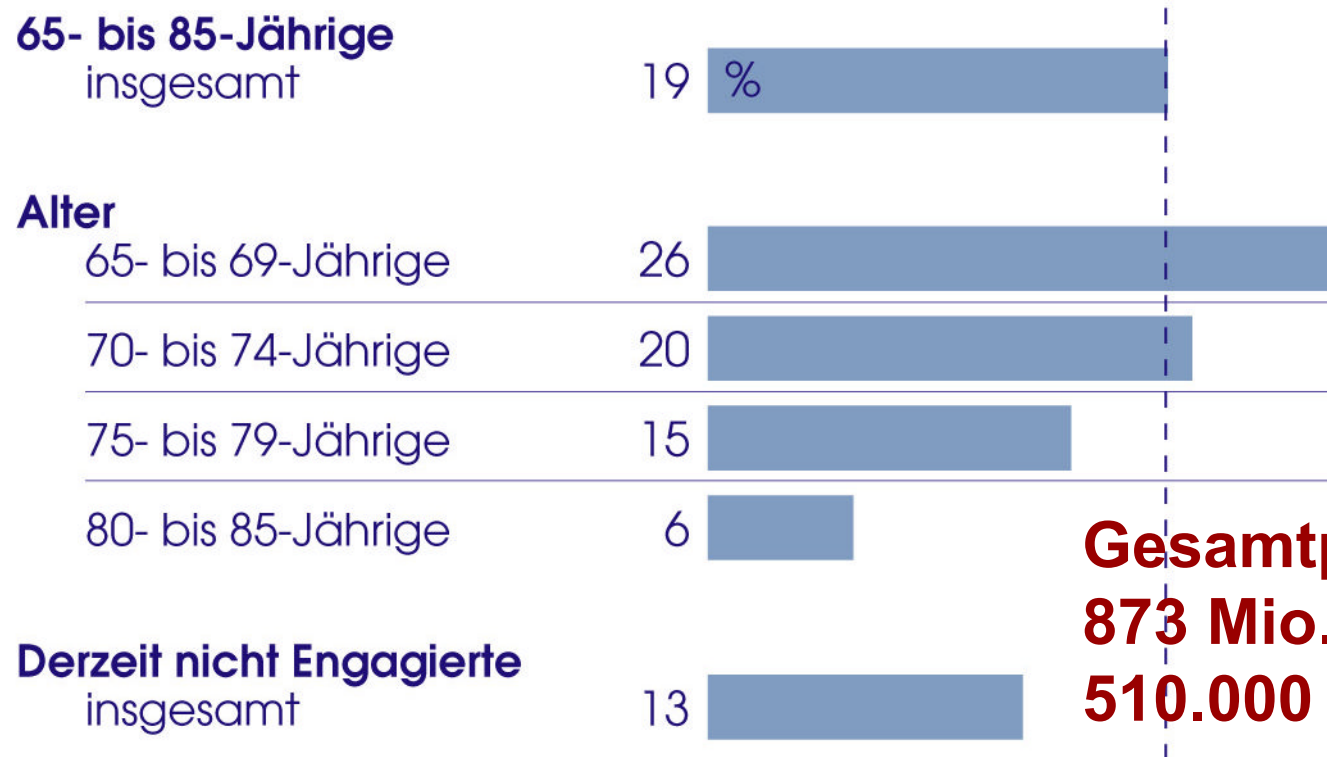
Im Durchschnitt – 4,2 Stunden*)

*) Bei der Kategorie "weniger als 2 Stunden" wurde als Durchschnitt 1 Stunde gesetzt, bei der Kategorie "15 Stunden oder mehr" 15 Stunden; bei den anderen Kategorien jeweils die Klassenmitte

Für fast jeden Fünften käme ein (stärkeres) Engagement in Frage

Frage: "Käme es für Sie grundsätzlich in Frage, sich (stärker) freiwillig bzw. ehrenamtlich zu engagieren, oder käme das für Sie nicht in Frage?"

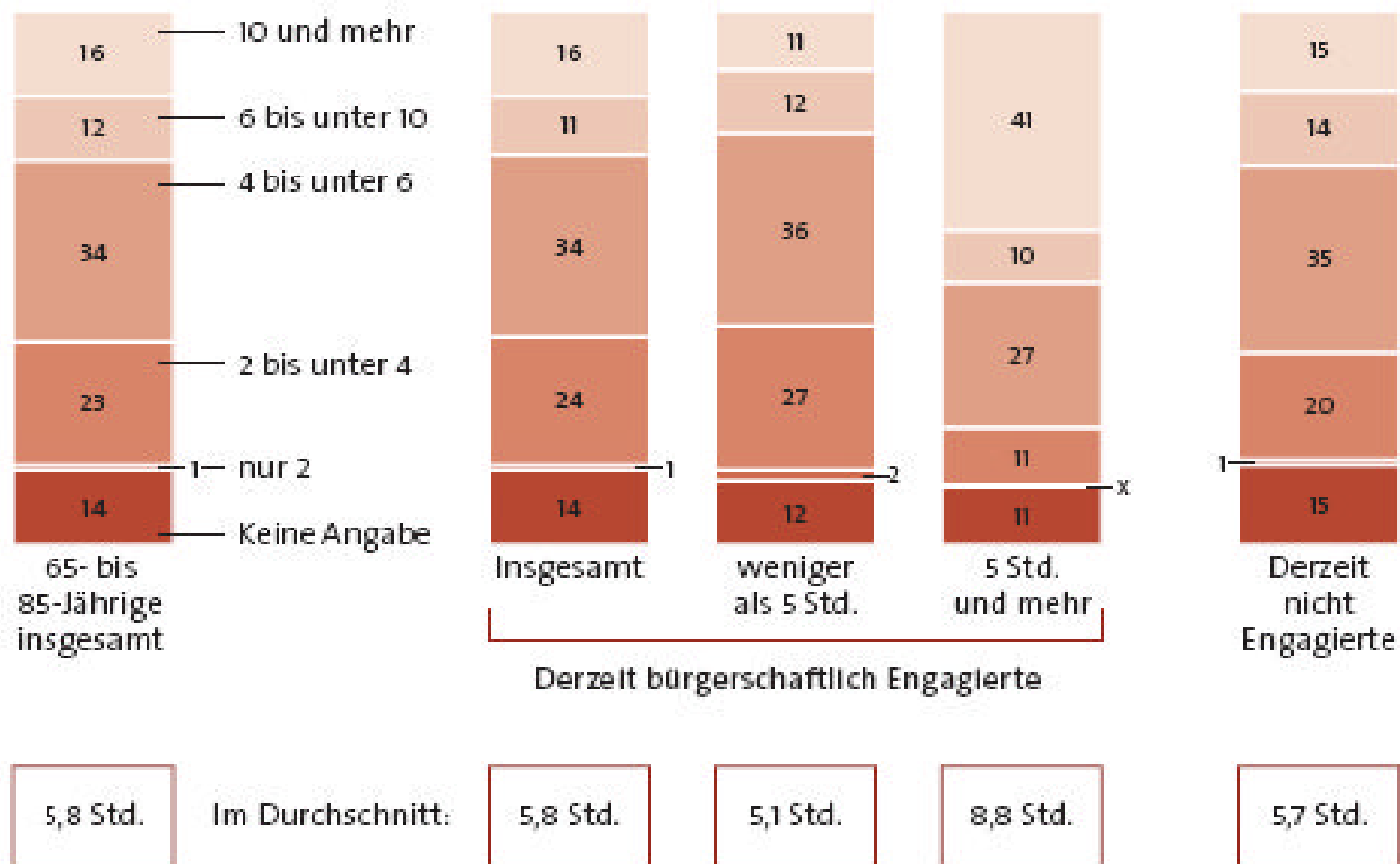
Stärkeres Engagement käme in Frage



**Gesamtpotential:
873 Mio. Stunden oder
510.000 Vollzeitstellen**

Abb. 6.13 Durchschnittliches Potenzial von rund 6 Stunden pro Woche

Frage: »In welchem Umfang könnten Sie sich ein (stärkeres) Engagement vorstellen? Wie viele Stunden pro Woche (zusätzlich) so ungefähr?« (Angaben in %)



x = Anteil unter 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, 65- bis 85-Jährige, für die ein (stärkeres) bürgerschaftliches Engagement in Frage käme

Voraussetzungen für ein (stärkeres) bürgerschaftliches Engagement

Frage: "Was wäre Ihnen wichtig, was müsste sich ändern, damit Sie sich (stärker) freiwillig bzw. ehrenamtlich engagieren?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, 65- bis 85-Jährige, für die ein (stärkeres) bürgerschaftliches Engagement in Frage käme

Quelle: Generali Altersstudie 2013

Generationenübergreifender Gestaltungsauftrag: Ressortübergreifende Demografie- und Engagementpolitik

Naegele unter Bezug auf den 6. Altenbericht (S. 249):

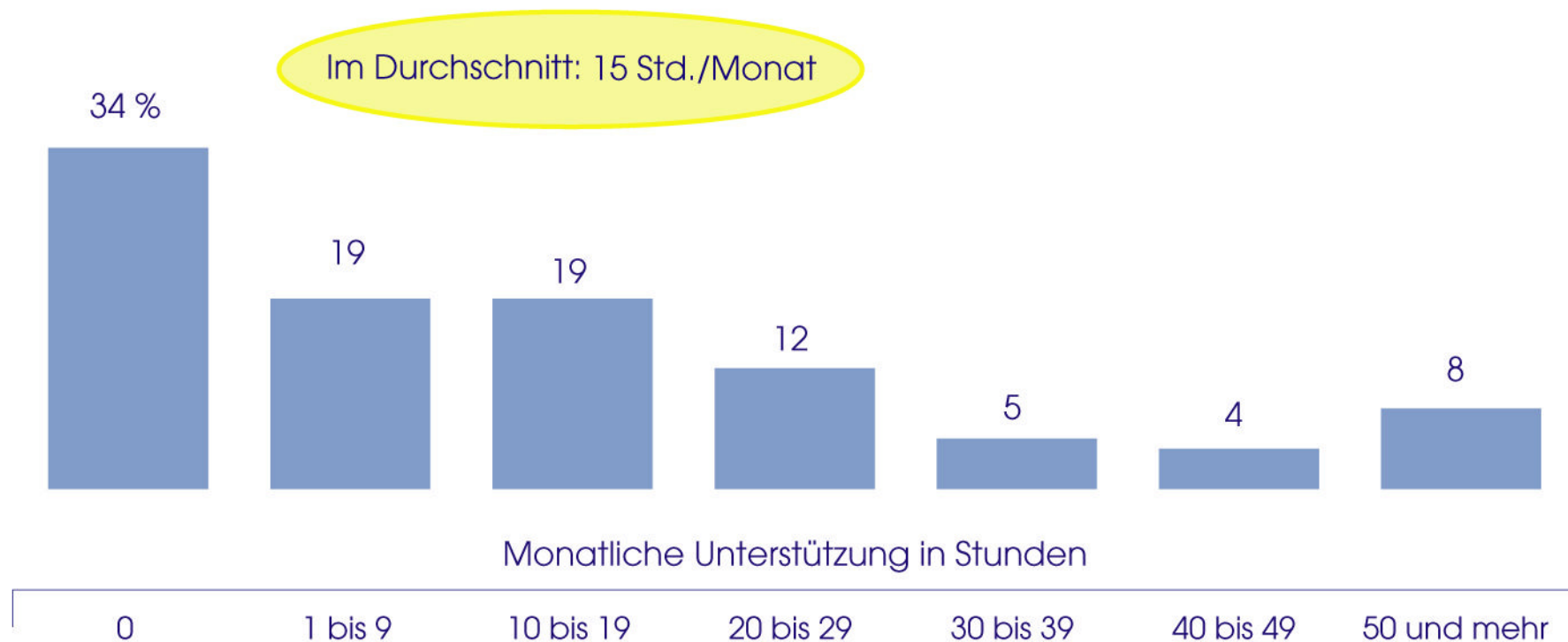
Schaffung von Ermöglichungsstrukturen:

Diese liegen insbesondere

- in der **betrieblichen Beschäftigungspolitik**
(zur Ermöglichung von freiwilligem längeren Arbeiten)
- in der **Gesundheits- und Präventionspolitik**
(zur Ermöglichung von healthy aging)
- in der **zivilgesellschaftlichen Förderpolitik**
(zur Ermöglichung von bürgerschaftlichem Engagement, sozialer und politischer Partizipation)
- sowie in der **Bildungspolitik**
(zur Ermöglichung der Altersbildung als Schlüsselqualifikation)

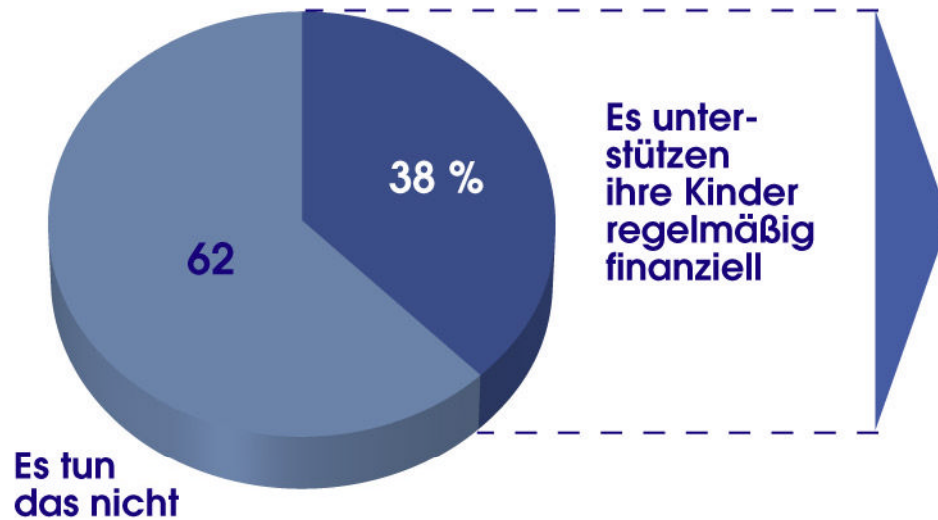
Zeitlicher Umfang der Unterstützung für die Kinder

Frage: "Wenn Sie einmal an die Zeit denken, die Sie insgesamt Ihre Kinder unterstützen bzw. ihnen Arbeit abnehmen: Wie viel Zeit verbringen Sie im Monat durchschnittlich mit der Unterstützung Ihrer Kinder?"

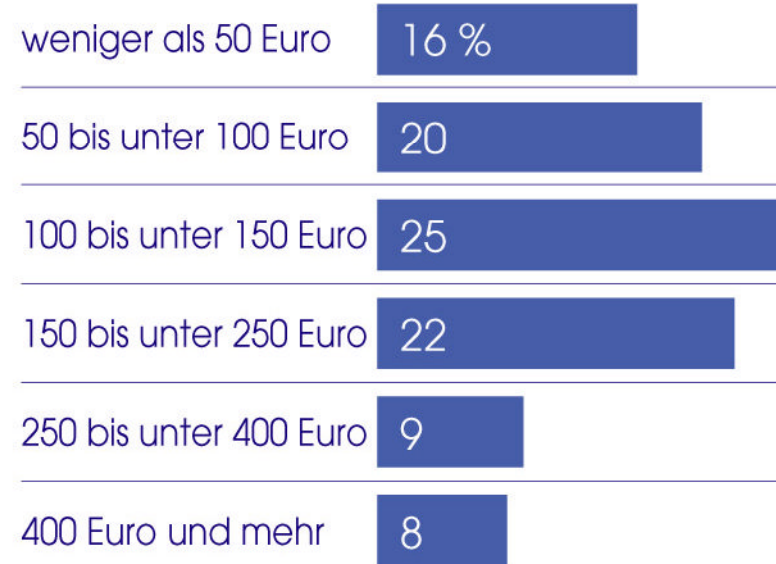


➔ Hochgerechnet auf alle 65- bis 85-Jährigen entspricht das einem Umfang von 2,4 Mrd. Stunden pro Jahr bzw. 1,4 Mio. Vollzeitstellen

Umfang der regelmäßigen finanziellen Unterstützung für die Kinder



Von denjenigen, die eine konkrete Angabe zum Umfang der monatlichen Unterstützung gemacht haben, unterstützen ihre Kinder regelmäßig finanziell mit –



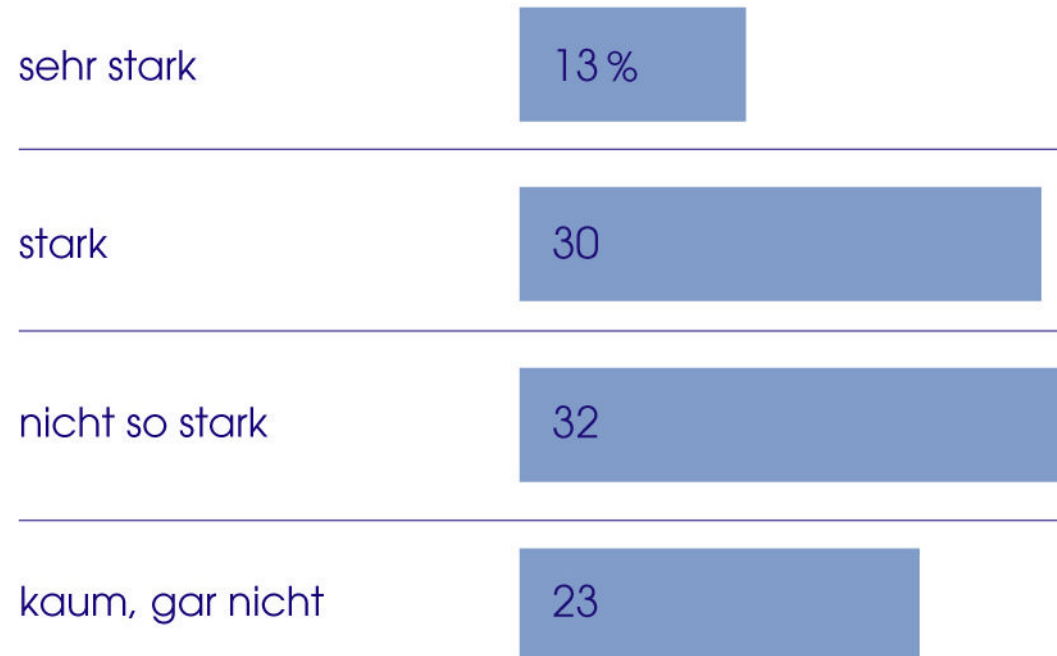
Im Durchschnitt 157 Euro pro Monat

Hochgerechnet ergibt sich ein jährlicher Transfer von 9,7 Mrd. Euro

Zusammenhang zwischen früherem und derzeitigem bürgerschaftlichem Engagement

Frage: "Eine Frage zur Zeit vor dem Rentenalter: Was würden Sie sagen, wie stark haben Sie sich vor dem Rentenalter freiwillig bzw. ehrenamtlich engagiert?"

Von denjenigen, die sich heute bürgerschaftlich engagieren, haben sich vor dem Rentenalter bürgerschaftlich engagiert –



An 100 fehlende Prozent = keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, 65- bis 85-jährige bürgerschaftlich Engagierte
Quelle: Generali Altersstudie 2013

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Loring Sittler
Generali Deutschland Holding AG
Zukunftsfonds
Tunisstraße 19 - 21
50667 Köln

Telefon: +49 241 / 4203-2675
Telefon: +49 241 / 4203-40-2675
loring.sittler@generali.de

Besuchen Sie unsere Webseite: www.generali-zukunftsfonds.de